

Sozialdemokrat

demokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwaltungsverlag: Drag 11, Neulanka 15 • Telefon: 20793, 31469, Nachdruck, (ab 21 Uhr): 33535 • Postamt: 57314

13. Jahrgang.

Sonntag, 4. Juni 1933

Nr 131.

Dienstag fällt die Entscheidung?

Prag, 3. Juni. Die politischen Konferenzen beim Präsidenten der Republik sollen bereits am Pfingstmontag mit dem Empfang der beiden deutschen Minister abgeschlossen werden. Die Besprechungen über die Form eines eventuellen Ermächtigungsgesetzes haben bereits gestern abends in einer Sitzung der politischen Minister zu gewissen Formulierungen geführt, die nach dem Abschluß der Beratungen beim Präsidenten der Republik am Dienstag früh in einer neuen Sitzung der politischen Minister konkretisiert werden sollen.

Für Dienstag vormittags haben sämtliche Koalitionsparteien Beratungen ihrer leitenden Organe angefangen, um zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis, das dann schon in der Form eines konkreten Entwurfes vorliegen dürfte, abschließend Stellung zu nehmen.

Man erwartet deshalb bereits für Dienstag nachmittags eine Klärung der Situation, wobei Ueberraschungen freilich keineswegs als ausgeschlossen gelten können.

Viererpakt festgefahren?

Berlin schiebt die Schuld den Franzosen zu.

Berlin, 3. Juni. Ueber das jetzige Stadium der Verhandlungen betreffend den Viererpakt veröffentlicht heute die gesamte Berliner Presse eine inspirierte Notiz, daß in zuständigen Berliner Kreisen die Frage am Samstag mittags ernstlich beurteilt werde, als man nach dem bisherigen Verlauf annehmen konnte. Nachdem der Pakt schon fix und fertig war, hätten die Franzosen in den Schlussverhandlungen plötzlich wieder „alte und längst erledigte Vorschläge“ aufgewärmt, so daß die Paraphierung des Paktes noch nicht stattfinden könne. Die weitere Entwicklung der Verhandlungen müsse abgewartet werden.

Die Komödie kann beginnen

Berlin, 3. Juni. (Continued.) Einer Mitteilung des Presseleiters der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zufolge hat der Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes, Reichsgerichtsrat Vogt, die Voruntersuchung gegen Van der Lubbe, Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff wegen der Inbrandsetzung des Reichstags und wegen Hochverrats abgeschlossen und die Akten dem Oberreichsanwalt in Leipzig zugeleitet.

Zentrums-Kleriker sollen die Pollak aufgeben

Berlin, 3. Juni. Zwischen dem Vatikan und den führenden Zentrumskreisen sollen jetzt der „Bösischen Zeitung“ zufolge ernsthafte Verhandlungen darüber geführt werden, ob es nicht wünschlicher sei, die katholische Geistlichkeit aus der vordersten parlamentarischen Front zurückzuziehen. Das würde bedeuten, daß eine Reihe prominenter Zentrumsführer, wie die Prälaten Kosch, Reich, Sautcher, Wliska und Dr. Schreier ihre Mandate niederlegen. Die Ueberlegungen sind noch im ersten Stadium, aber gleichwohl, wie sie ausgehen, müsse künftig mit einer harten Politikhaltung der katholischen Geistlichkeit im politischen Leben Deutschlands gerechnet werden.

Das Dritte Reich verträgt keine Untersuchung.

(P. G.) Der „Sunday Referee“ hat am 19. Mai beim Reichsaussenminister Neurath telegraphisch angefragt, ob die deutsche Regierung mit der Entsendung einer Untersuchungskommission unter der Führung einer hochstehenden und absolut objektiven Persönlichkeit nach Deutschland einverstanden wäre, die die Aufgabe hätte, die Nachrichten über die Verfolgung von Juden, Sozialdemokraten und Katholiken durch die Nationalsozialisten auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Die Antwort auf die Anfrage des Blattes ist schon eingetroffen. Neurath erklärt den Vorschlag des „Sunday Referee“ als „gänzlich unpraktisch“. Hierzu bemerkt das Blatt: „Offenbar haben die Nazi Angst vor den Enthüllungen, die das Resultat einer unparteiischen Untersuchung in Deutschland bilden könnten.“

Oesterreichs soziale Gesetzgebung wird zertrümmert.

Dollfuß „novelliert“ nach den Wünschen der Unternehmer.

Wien, 3. Juni. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht eine Rechtsverordnung, durch die die Gesetze über die achttündige Arbeitszeit, den Arbeiterurlaub, die Vergesetze, die gesetzlichen Bestimmungen über Sonntags- und Feiertagsruhe und andere Bestimmungen in der Richtung geändert, d. h. grundlegend verschlechtert werden, daß die Lohnzuschläge für Ueberstundenarbeit herabgesetzt, die Verjährungsfrist für Ansprüche aus diesem Titel verkürzt, Vorarbeiter von den bisherigen Vorteilen dieser Gesetzesbestimmungen ausgeschlossen, die Arbeitszeit nach zwei aufeinanderfolgenden Feiertagen auf zehn Stunden ohne Anspruch auf Zahlung verlängert, die Zahl der Transportunternehmungen, für welche die Ausnahmen des Gesetzes über die achttündige Arbeitszeit gelten, erhöht, die 44stündige Arbeitswoche für Frauen und jugendliche Arbeiter aufgehoben wird usw.

Morgen erscheint eine ähnliche Verordnung, durch die die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Nacharbeit im Vöckergewerbe gelockert werden.

Vermittlerrolle Mussolinis?

Wien, 3. Juni. Das christlichsoziale „Weltblatt“ schreibt über die Beratungen des Bundeskanzlers Dollfuß in Rom, Ministerpräsident Mussolini werde sich um die Beseitigung der Spannung und der in letzter Zeit zwischen Oesterreich und Deutschland entstandenen Mißverständnisse, die einer sichtbaren sachlichen Grundlage entbehren, bemühen. Mussolini werde sich dieser Sache um so eher annehmen, als durch die Maßnahmen der deutschen Regierung auch der Fremdenverkehr in dem italienischen Teil von Südtirol stark betroffen sei.

Wehrmänner bei geheimen Nazibesprechungen.

Wien, 3. Juni. Die Wiener Polizei drang gestern nachmittags unerwartet in die nationalsozialistische Kaserne in der Schottenfeldgasse im VII. Bezirk ein, wo eine Geheimversammlung der SA. unter Teilnahme einiger aktiver Soldaten und Bundesbeamten stattfand. Die Angelegenheit wird eine Disziplinaruntersuchung nach sich ziehen.

Die nationalsozialistischen Demonstrationen in der osterreichischen Provinz flauten gestern ab.

In Innsbruck, wo es in der letzten Zeit am lebhaftesten zugeht, herrschte gestern Ruhe. Zeit gestern hatten hier fünf hundert Mitglieder der Heimwehr-Hilfspolizei Dienst. In kleineren Demonstrationen gegen die Regierung, die Christlichsozialen und die Heimwehr kam es gestern in Linz, in Gams versuchten die Nationalsozialisten gleichfalls zu demonstrieren, doch räumten Bundesstruppen bei den ersten Demonstrationenversuchen die Straßen.

Die „Wiener Zeitung“ erfährt, daß gleich nach den Pfingstfeiertagen die jüngeren Jahrgänge der Hilfspolizei zum Dienste berufen und in Tirol, Vorarlberg und in Salzburg Assistenzkörper zur Verstärkung des dortigen Grenzschutzes bilden werden.

Beschlagnahmte Maschinen-Gewehre.

Bei den Durchsuchungen in den Wohnungen nationalsozialistischer Führer in Hall in Tirol beschlagnahmte die Polizei vier, in Wels in Oberösterreich drei Maschinengewehre. Im Zusammenhang damit wurden auch einige Verhaftungen vorgenommen.

Schwedens Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Erfolg der sozialdemokratischen Regierung.

Die sozialdemokratische Regierung hat für ihr umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm nunmehr eine sichere Mehrheit im schwedischen Reichstag erhalten: an die Seite der Sozialdemokratie ist die Bauernpartei getreten.

Die Bedeutung dieses wichtigen Ereignisses wurde in einer Unterredung unterstrichen, die der Korrespondent mit dem Reichstagsabgeordneten und Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie in der Internationale, Richard Lindström, hatte.

„Die Regierung hat, so erklärte Lindström, durch parlamentarische Mehrheit die Garantie für die Geldsummen und damit für die Durchführung ihrer Reformen erhalten. Die Spannung der letzten Wochen ist überwunden, die Stellung der Regierung ist fester denn je.“

Bauernnot und Arbeiternot herrschen im Land. Beide, Bauern und Arbeiter, müssen darum einander helfen. Unsere Bauern sind seit 500 Jahren frei, unsere alte Demokratie gibt ihnen starkes Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesamtheit. Das Bündnis, das die Bauern jetzt mit den Arbeitern geschlossen haben, bedeutet für Schweden die definitive Verankerung der Demokratie: die beiden großen demokratischen Volkslager stehen jetzt Schulter an Schulter beieinander.“

Ueber die Bedeutung der Reform äußerte sich Lindström folgendermaßen: „Das Programm umfaßt eine Summe von etwa einer viertel Milliarde Kronen. Davon werden 135.000 Arbeiter jährlich Arbeit erhalten. Diese Zahl ist höher als der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit des vorigen Jahres, die Auflösung aller Arbeitslosen wird also ernstlich in Angriff genommen. Alle diese, die nicht Beschäftigten, erhalten eine staatliche Unterstützung. Eine schwierige Frage waren die Löhne

der Notstandsarbeiter, gegen die vor allen die Bürgerlichen Sturm liefen. Wir haben jetzt erreicht, daß die Löhne des offenen Arbeitsmarktes auch für sie maßgebend sind.“

Neben den allgemeinen Arbeiten (Bauarbeiten, Wald-, Landwirtschaft), deren Lohnhöhe durch den offenen Arbeitsmarkt bestimmt ist, wird eine zweite Gruppe von Arbeiten geschaffen: die Referatarbeiten. Es handelt sich vorwiegend um Wegbau in staatlicher Regie. Für sie gelten die Stundenlöhne der ungelerten Arbeiter.

Die Bündnis-Verordnung bringt aber auch dem notleidenden Bauern Hilfe. Die Agrarpreise sind heute in Schweden weit niedriger als vor dem Kriege. Die wichtigsten Bauerprodukte wie Butter, Milch, Eier, Schweinefleisch u. a. sollen im Preis in ein richtiges Verhältnis zu den Produktionskosten gestellt werden. Das soll erreicht werden ohne fühlbare Belastung des Konsumenten durch beträchtlichen Abbau der Gewinnspanne des Zwischenhändlers.

Die finanzielle Durchführung des Programms wird durch eine Vermögens- und Erbschaftsteuer und durch Anleihen gesichert werden. Der innere Markt ist für Anleihen jetzt durchaus günstig. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer sollen zur schnellen Amortisierung der Anleihen verwendet werden, um eine finanzielle Zukunftsbefreiung der Bevölkerung durch Anleihepolitik zu verhüten.“

Lindström unterstrich zum Schluß mit starker Betonung, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der sozialistischen Regierung, das nunmehr durch die parlamentarische Mehrheit der Arbeiter und Bauern zur Durchführung komme, die Aufhebung der Arbeitslosen in Schweden in absehbarer Zeit verwirklichen werde.

Gösta Nilz.

Verrat! Wer übt ihn?

Während einiger Wochen nach dem Sieg der deutschen Konterrevolution wollte es manchem unserer Genossen scheinen, als wäre bei der kommunistischen Parteiführung die Gerechtigkeit vorhanden, sich aus dem wirren Gestrüpp ihrer pseudorevolutionären Phrasen zu befreien und aus den Erfahrungen zu lernen. Ihr verlogenes treuerziges Angebot an unsere Partei zur Bildung einer Einheitsfront dünkte manchem als ein Beweis der Umkehr von der verbrecherischen Politik des proletarischen Bruderkampfes, der jedoch in Deutschland dazu beigetragen hatte, dem Faschismus in den Sattel zu heben. Sie glaubten, in dem Anerbieten der Veranstaltung gemeinsamer Kundgebungen eine Erleichterung des schweren Kampfes der Arbeiterklasse erblicken zu dürfen.

Wer das Wesen der kommunistischen Partei genauer kennt, der ließ sich durch die vorgehaltene Maske der Scheinheiligkeit und Faschistenfeindschaft nicht täuschen, der weiß auch, daß es mit den Trabanten Moskows kein Postieren, daß es nur eine Ueberwindung des bolschewistischen Spats geben kann. Bald zeigte es sich auch, daß der „neue“ Kurs, der den Sektionen der kommunistischen Internationale von Moskau vorgeschrieben war, nicht im entferntesten auf ein ehrliches Abkommen zwischen Internationale und Internationale gerichtet war, lediglich als ein neues schändliches Manöver zur Verwirrung der sozialdemokratischen Arbeiter gedacht. Die bis auf geringfügige Ausnahmen von der sozialdemokratischen Arbeiterklasse bewiesene Disziplin am ersten Mai hat gezeigt, daß alle Moskauer Einbruchversuche in unsere Reihen, mögen sie von noch so süßlichen Schmeicheleien begleitet sein, fehlschläge bleiben.

Seither haben die Söldlinge Moskows die Toga der Friedfertigkeit wieder abgelegt, die Demagogie aufgeführt und sind zu ihrer altgewohnten Kuppigkeit zurückgekehrt. Das klägliche Piasko ihrer heuchlerischen Einheitsfrontpolitik hat sie dazu bestimmt, die Rattenfängerflöte mit dem Lügenknüttel und dem Rauchenföbel zu vertauschen und zur Freude der Bourgeoisie — die eine Zeitung fürchten machte, ihre wertvollsten Bundesgenossen zu verlieren — betreiben sie mit höchstem Eifer neuerdings die Verleumdung und Beschuldigung der Sozialdemokratie, mit der gemeinsam gegen den Faschismus und die Reaktion zu kämpfen sie vor wenigen Wochen als ihren herzynigsten Wunsch erklärten.

Das hysterische Geschrei, das nun wieder mit noch verstärkter Kraft der kommunistischen Presse über die „verräterische“ Sozialdemokratie herbrandert, ist aber nicht nur der Ausdruck des Mergers über das Wühlgerät ihres Einheitsfront Betruges. Das Verratsgeschrei hat vor allem den Zweck, von einer auf der eigenen Seite verübten Verräterei, wie sie schimpflicher kaum vorstellbar ist und die unter den kommunistischen Arbeitern ein wahres Entsetzen hervorgerufen hat, abzulenken.

Es ist uns zur lieben Gewohnheit geworden, alles, was wir tun und für die Arbeiterschaft erkämpfen, von dem im Solbe Moskows stehenden Schreiberlingen als Verrat qualifiziert zu sehen. Aber wie sieht es denn mit den wirklichen Verräterei der Kommunisten? Ihre Tätigkeit, die im beinahe ausschließlichen und wütendsten Kampf inmitten einer Welt von Gefahren für die Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie besteht, ist doch eine endlose Kette des nichtswürdigen Klassenverrates, denn diese Tätigkeit war es, die in einer Reihe von Ländern die Arbeiterschaft dem Faschismus ans Messer geliefert hat. Haben sie doch in Deutschland — und zwar bis zuletzt — an der wahnwitzigen Parole festgehalten: „Es ist egal, wer regiert, Braun und Severing oder Hitler!“

Im Augenblick ist es ein bestimmter Verratsfall, der durch die übersteigerte Hege gegen die Sozialdemokratie in Vergessenheit zu bring-

gen versucht wird; dererrat Sowjetrußlands an den Millionen kommunistischer Arbeiter Deutschlands. Im Reichsberger „Vorwärts“ vom Donnerstag sind Aufsätze enthalten, welche die Aufschrift en tragen: „Fallt den nationalsozialistischen Diktatoren in den Arm!“, „Entsacht den Massensturm in der ganzen Welt gegen die Schutzhaftende!“ und „Rettet Thälmann, Torgler, Dimitrow und Genossen!“ Unter dem letztgenannten Titel wird ein aus Moskau an die Redaktion des „Vorwärts“ eingelangtes Telegramm der Frauen der beiden angeblich wegen des Reichstagsbrandes verhafteten russischen Kommunisten Dimitrow und Popow abgedruckt, in dem der „Vorwärts“ aufgefordert wird, an „die Weltmeinung zu appellieren“, um die Gatten der beiden Frauen vor dem sie mit dem Tode bedrohenden Galgen Diktators zu retten. Wie? Die kommunistischen Arbeiter sollen gegen die Diktatorjustiz einen Massensturm entfalten und den Nazi-Diktatoren „in den Arm fallen“? Der „Vorwärts“ in Reichsberg „an die Weltmeinung appellieren“? Muß sich da nicht allen, die zu diesem Massensturm harrangieren werden, die Frage auf den Lippen schweben: Was tut Sowjetrußland jetzt, da treuergebene deutsche Gefolgschaft von den braunen Bestien ebenso wie ihr in die Klauen gefallenen Sozialdemokraten in der unmenslichsten Weise gefoltert, verprügelt, in Konzentrationslager gesperrt, in Gefängnisse geworfen, mit Stahlruten und Revolverkugeln traktiert und den infamsten Demütigungen ausgesetzt werden? Was tut das „Vaterland der Arbeiter“ für jene, die sich für dasselbe jahrelang begeistert aufgeopfert haben, sich verfolgen und einsperren ließen?

Arrangiert etwa auch die Regierung Sowjetrußlands, die doch sonst so ausgezeichnet sich auf die Regie bei Veranstaltungen von Paraden und Massenaufzügen versteht, „Massenstürme“ gegen die deutschen Nazi-Diktator? Ist vielleicht auch die sowjetrussische Presse erfüllt von Appellen an die Weltmeinung, wie sie von den zwei Frauen der in Fänge der braunen Diktator gefallenen russischen Kommunisten erfleht werden. Macht sich die sowjetrussische Regierung überhaupt irgendwie durch Äußerungen bemerkbar, die ein Eintreten für die zehntausende eingesperrter und unmenslich mißhandelter kommunistischer Arbeiter in Hunnen-Deutschland andeuten würde?

Nichts von alledem! Die größte Partei der kommunistischen Internationale hat der deutsche Faschismus zerschlagen und wenn auch nicht gerade zu erwarten stand, daß als Antwort darauf die Sowjetregierung alle handelspolitischen und diplomatischen Beziehungen zu Hitler-Deutschland abbrechen werde, so hätte sie doch wenigstens beabsichtigen müssen, daß die braunen Diktator nicht auf eine wohlwollende Lösung der sowjetischen Republik zu rechnen haben. Statt dessen setzte sich just in dem Augenblick, da tausende kommunistische Arbeiter in den Folterkammern der SA-Kasernen mit Stahlrutenhieben traktiert wurden, der sowjetrussische Außenkommissar mit dem deut-

lichen Außenminister zum Frühstückstisch, um über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages und die Erneuerung des Vertrages von Rapallo zu verhandeln und ihn zu perfektionieren.

Das ist eine schmerzvolle Enttäuschung für die kommunistischen Arbeiter, die gehofft hatten, beim „Vaterland der Arbeiter“ einen Rückhalt zu finden. Anstatt die Führung im antifaschistischen Kampfe zu übernehmen, hat die Sowjetregierung ohne ein Wort des Protestes ihre Parteifolksdaten in Deutschland

Die Rolle der AWG:

Verbindungspatrouille des tschechisch-deutschen Fascismus.

Der Herr Dr. Alfred Rösche aus Nixdorf, der seit zwei Jahren nur im Hintergrund der politischen Bühne agierte, hat wieder eine große Rolle. Das will doch, von der persönlichen Nämlichkeit dieses Stars der deutschbürgerlichen Politik abgesehen, auch politisch gewertet sein. Denn es ist mehr als ein Symptom und mehr als ein Symbol, es ist eine keineswegs ungefährliche politische Realität.

Das erstmal tauchte Herr Dr. Rösche in der judenendischen Politik auf, als den deutschnationalen Fabrikanten der Mund nach den Anschlägen des Bürgerblods wässerte und sie beschloßen, lieber ihre Grundstücke zu opfern, als länger das tödliche Brot einer irredentistischen Opposition zu essen. Damals hatten die Agrarier, Arbeiter und Landbändler bewiesen, daß ein handfester Broden Sozialreaktion, erbeutet im nächsten Klassenkampf, einer nationalen Phrasie doch vorzuziehen sei. Diese Politik zu stützen, an ihr auch durch kleine Naturgeschehnisse zu profitieren, erschien den zahlungskraftigsten unter den Wortführern des Selbstbestimmungsrechtes als ein lohnendes Ziel. Herr Dr. Rösche, der neue Renner im deutschnationalen Stall, wurde dazu ausersehen, die Versöhnung mit dem tschechischen Bürgertum einzuleiten und einzuläuten. Ausgerüstet mit dem statistischen Material, das die Reichsberger Handelskammer willig beistellte, und mit einem Organ, das trotz jahrelangem Erfahrungs die das Gegenteil lehren, vom judenendischen Bürgertum als Brustton der Überzeugung gesalbt und mit Rhetorik verwechelt wird, stieg der neue Mann auf die Tribüne des Parlaments. Das übrige besorgte die „Bohemia“. Diese hundertjährige Kolotte hat noch keinen jungen Galan, der sie gottierte, die Gefälligkeiten verweigert, die er von ihr forderte. In der „Bohemia“ wurde die Sache mit Rösche gesteuert. Journalistische Gewandtheit, die schon im alten Feiertage aus ledernen Dauerreden und fanalen Witen, die der sterbende Liberalismus am Kronenzwang zu verwickeln hatte, erstklassige Exportware für Prag kopierte, war auch der neuen Aufgabe gewachsen, aus Herrn Rösche eine „Persönlichkeit“ zu machen. Das Ergebnis war die Gründung der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft — AWG —, der aussichtslose Versuch, durch das Abdieren von Rußen eine politische Größe zu schaffen.

Auf den Glanz einer neuen oppositionellen, dabei aber zu „positiver Mitarbeit“ allseitig bereiten Partei ausgebügelt, zog die wacklige Kalesche in den Wahlkampf von 1928. Sie hatte Erfolge, wie

ebenso schmählich im Stiche gelassen wie in anderen Ländern.

Unsere einheimischen kommunistischen Stribler irren, wenn sie glauben, dies durch ihre täglichen Erfindungen von sozialdemokratischen Verrätereien in Vergessenheit bringen zu können. Der hakenkreuzlerische Freundschaftsvertrag mit Moskau lehrt nicht einmal die sozialdemokratischen Arbeiter, was von einem antifaschistischen Kampfe einer Partei, die unter dem Kommando dieses selben Moskaus steht, zu erwarten ist!

denn dieses judenendische Bürgertum, eine unglückliche Kreuzung zwischen Nord und Süd, weder mit der preußischen Zucht nach neuen und „hollen“ Sachen, noch mit dem Wiener Gang zu einer sensationellen Deb' ausgestattet, leit je mit den größten Rieten leicht hineinzulegen ist.

Aber binnen Jahresfrist war der Nimbus dahin. Bei den Wahlen vom Oktober 1929 war das Schicksal der AWG nur noch im Schlepptau eines größeren Rahmens in den Hofen zu steuern. Der Bund der Landwirte ließ sich herbei, dieses Manöver auszuführen, das ihm teuer genug zu stehen kam. Er belastete sich vor den ländlichen Wählern durch das oböse Bündnis mit Bankdirektoren und Kommerzrenten und hatte abendrein das Nachsehen, als er der AWG mehr Mandate überlassen mußte, als sie ihm zweifelsohne eingebracht hatte.

Als Sturmfortsatz der Landbändler wurden die Herren von der AWG und Wehrgemeinschaft Regierungspartei. Die Rolle, die sie nun spielten, stand in keinem Verhältnis zu dem, was sie sich erträumt hatten. Sie, die „Partei der Köpfe“, erhielten nicht ein Fortzeußeil. Die großen Entscheidungen wurden ohne sie getroffen. Sie zählten als ganze vier Mann, nicht als Nobel der Republik. Das ist es, was Herr Doktor Rösche den Sozialdemokraten vor allem nicht verzeihen kann, daß seine Rolle ausgespielt war, als er sich im Jahre 1929 der Koalition anstieß, daß die sozialistischen Parteien für Großprojekte und Wichtigtuerei von seiten der AWG nichts übrig hatten. Nach Jahr und Tag trat die AWG aus der Koalition aus, ohne daß ein größeres Publikum von diesem Ereignis Notiz nahm. Auch in der nunmehrigen Opposition war nichts zu holen und die Sorge um die Sicherung der Mandate froh die ganze Partei auf.

Inzwischen spielte die Liliputpartei insofern doch eine recht auffällige Rolle, als sie zwar Oppositionspartei war, aber Hospitantin einer Regierungsgruppe, des B. d. L., dont diesem Bündnis in den wichtigen Ausschüssen in Erscheinung trat. Weit über ihre Bedeutung hinaus, gab sie sich noch immer den Anschein, große Politik machen zu können.

Ihre Stunde schlug wieder, als sich in der „nationalen“ Opposition der große Umfall vom Freudentismus zu einer windelweichen Politik der Anbiederung an die tschechische Bourgeoisie vollzog. Die nationalen Parteien und als Schneif dieses irrenden Kometen die Christlichsozialen, waren nach dem 5. März mächtig von Hitler an-

gezogen worden. Sie glaubten wahrscheinlich allen Ernstes, daß Hitler die Tschechoslowakei mit Krieg überziehen oder mindestens durch Drohungen einschüchtern würde. Statt dessen kam Hitlers Reichstagsrede, kam der rasche Bankrott der nationalsozialistischen Außenpolitik und ihre völlige Belagerung zur „Erfüllungspolitik“. Die Tschechoslowakische Republik aber zeigte sich nicht im geringsten gesonnen, mit den Nachläßern Hitlers viel Geschichten zu machen.

Was dieser sudetenendischen Nation von Seldem im Ernstfall zuirauen ist, hatte ja schon Lodgman erlebt, der jahrelang der Illusion nachgelaufen war, mit Bierbankpöckern die Politik der irischen Sinnseiner machen zu können. Kaum wurden die ersten Anzeichen nahender Gefahr sichtbar, da rüchtete den Führern der sudetenendischen Freiheitsbewegung das Herz in die Hosen. Schwarmweise legten die Nazilehrer und Beamten ihre öffentlichen Mandate nieder, verließen die Partei, zogen sich aus dem politischen Leben zurück. Ihr Ideal war ein freischörlischer Krieg gegen die Marxisten, bei dem es kein Risiko geben durfte. Mit Stärkeren kämpfen — das war nicht ihre Sache. Sie fielen um, so radikal wie nur Deutschnationale umfallen können. Statt des Freibeitendebatschen waren sie der tschechischen Bourgeoisie Lußhändchen zu und Osk Jung sang vor dem Balkon der schmollenen Republikanistana denkova schmelzende Surrellieder. Weil man aber diesem Seldom nicht recht über den Weg traute, von dem nicht klar schien, in welche dritte Reich er führt, entschloßen sich die Jung und Horpinka, einen anderen Kollegen vorzuschiden. So erhielt Herr Dr. Rösche vermöge der großen Stiefel wieder eine große Rolle. Er war besücht und ging voran.

Dies ist nun die Aufgabe der AWG, die plötzlich zu neuem Leben erwacht und zu politischer Bedeutung kommt: sie hat an die Spitze der nationalen Opposition, der antimarginalistischen Einheitsfront zu treten und diese dem tschechischen Bürgertum als koalitionsreifen Partner zu präsentieren. Um als Handlanger des tschechischen Faschismus ein bitteres SA und Gleichschaltung spielen zu dürfen, ist Jung zu allem bereit, sogar dazu, seine eigene Führertolle vorübergehend dem Strohmann aus Nixdorf zu überantworten, wahrscheinlich sogar dazu, auf einer sudetenendischen Einheitsliste vor Herrn Doktor Bacher einherzumarschieren und zu riskieren, daß der biedere Wähler, dem die Bilder Jungs und Bachers vorgesezt werden, nicht weiß, welches der beiden Bonim das Arsch-Gesicht sein soll. Für die klägliche Nachgeburt des einst so großen Liberalismus ist die gegenwärtige politische Situation ein kaum erhoffter Glücksfall. Er darf noch einmal, ehe er endgültig abtritt, seinen Verächtern einen Liebesdienst erweisen, er darf noch einmal „Partei der Köpfe“ spielen, obgleich den andern nicht an den Köpfen, sondern nur an den Masken liegt, hinter denen sie die eigene Larve verbergen. Dem Jung glaubt der tschechische Faschismus die plötzlich entdeckte Liebe zur Republik nicht. Der Bacher aber war immer ein lothaler Kanzer, bereit, heillosen Straßentafeln gegen einen Steuernachlaß für die Großbanken einzutauschen. Der Horpinka als Führer einer „aufbauwilligen“ und koalitionsreifen Opposition wirkt nicht glaubhaft. Dieser Fuchsmajor mit dem Zitzover Akzent aus der germanischen Junge ist selbst dem Brauch kein seriöser Partner. Aber der Herr Dr. Rösche! Ja, Herr Nachbar, das ist nun ganz eine andere Sache! Wenn der das Tür hält, dürfen auch die andern hereinpassen...

Eine sudetenendische antimarginalistische Einheitsfront, nominell von Rösche, in Wahrheit von Jung geführt, kann eine

KARL Nachdruck verboten.

UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brungraber

Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

Er reißt die nächste Tür auf. Schon beim Eintritt steht Karl Latner einen Kollektisch um. Er hebt das vertraute Gestell und schmettert es gegen einen Glaschrank mit modernen Keramikfen. Eine armhohe chinesische Vase schleudert er in den Spiegel mit dem venezianischen Rahmen. Er post den roten Samurat, eine lebensgroße Gliederpuppe, und schlägt damit die Biederneer-Stuhr vom Bücherbord. Er dreht sich desirierend im Kreis, bis die Tochter des Professors mit flehenden Augen hereinwinkt. Sie stürzt auf eine Lade zu, in der sie haltig herumkramt. Ihr Gesicht unter dem wirren Haar ist blutleer und ihre Lippen klattern. Dann hält sie ihm eine Banknote hin: bitte, ich finde nicht mehr!

Da läßt Karl Latner den roten Samurat fallen. Er nimmt eine Haltung an, lässig und schwer, aber aufrecht, wie er sie nie gehabt hat. Diese Banknote wird er nicht nehmen; dazu ist sie zu kleinlich. Wenn es schon diesen Weg nimmt, dann soll es dafür stehen müssen. Karl Latner geht wie abwesend aus dem verwüsteten Raum hinaus in das Vorzimmer. Er zieht den Wintermantel an und wirft ohne Eile die Türen zu. Und er nimmt so viel Mut an seinem Gesicht mit, daß er ohne zu erwachen bis in die nächste Weinhalle kommt. In dieser Nacht stellt Karl Latner der Welt ein Ultimatum. Entweder sie wird sich seines Rechts auf das Leben bestimmen, oder er wird sich ihrer Befehle nicht mehr bestimmen. Die Welt läßt es auf das Ultimatum ankommen.

Hier ist Rhodos, hier Springe.

Am 21. Dezember, der ein Sonntag ist,

wird von allen Konzeln ein Aufruf verlesen, den die Bischofskonferenz beschloßen hat und der alle Gläubigen auffordert, in diesem Winter der Massennot alle lärmenden und kostspieligen Vergnügungen zu meiden und Barmherzigkeit zu üben. Damit das Wort sich erfülle: Du wirst rufen, und der Herr wird antworten; du wirst schreien, und der Herr wird sagen: hier bin ich! Am 22. telephoniert der Papst zum erstenmal mit dem goldenen Telephon, das ihm eine amerikanische Gesellschaft geschenkt hat. Aus Livorno wird mitgeteilt, daß der Irlander Bate, das letzte Glied einer Familie, sein Vermögen von 12 Millionen Lire dem Papst vermacht hat, der die Stiftung auch angenommen hat. Von Rockefeller erzählt man, daß er der französischen Regierung angeboten hat, nach Versailles nun auch das Ellysée renovieren zu lassen, und die Geschäftswelt beschließt, nach dem Muttertag auch einen Vatertag einzuführen. Am 23. und 24. beten die Priester in den 350 Kirchen: Denn ein großer Gott ist der Herr und ein großer König. Nicht wird der Herr juristisch sein Volk, denn in keiner Hand ist die Erde und alle Berge überstaut er. Am 25. werden in den 350 Kirchen bei drei Messen gelesen. Die erste erinnert an die Geburt des Sohnes aus Gott dem Vater, die zweite an seine Geburt im Stall zu Bethlehem, die dritte an seine Wiedergeburt im Herzen der Christen. In der Nacht zum 26. bläst ein Kaufmannchor das O sanctissima über die Dächer der Stadt. Am 27. berichtet ein Professor im Radio, daß er das Skelett des Jesus, des Fleischs bar Neß-leph gefunden habe, bei Ausgrabungen in Jerusalem, in einer Kiste mit aramäischer Aufschrift. Am 28. hält ein anderer Professor einen Vortrag über die sieben Weltwunder des Altertums, über die Reusstatue des Phidias in Olympia, den Kolos von Rhodos, das Mausoleum von Halikarnak, den Artemistempel von Memphis, den Leuchtturm von Alexandria, — über die sieben Weltwunder des Altertums, die

gleichfalls nicht von allen Leuten jener Zeit gesehen worden sind. Am 29. steht Karl Latner lange vor einer Ansichtskarte, die den Dädalus zeigt, wie er die Hände betend nach einem modernen Aeroplan hinaufhebt. Nachher erzählt Karl Latner aus einem Lautsprecher, daß nach der diesjährigen Postchaft des Präsidenten Hoover an den Kongreß das Budget der Vereinigten Staaten in abgelautenen Rechnungsjahr mit einem Defizit von 986 Millionen Dollar abschließe. Auch hört er, daß im Staat Louisiana für das kommende Jahr die Baumwollproduktion verboten werden soll, daß in Oklahoma von der Staatsmiliz mehr als 3000 Bohrtürme auf den Oelfelder stillgelegt worden sind und daß Texas über seine Oelfelder den Belagerungszustand verhängt hat. Am 30. hört Karl Latner, daß der britische Außenminister in Erwartung der kommenden Völkerversammlung geäußert hat, die erste Voraussetzung zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise sei die Wiederkehr des internationalen Vertrauens. Aber anschließend vernimmt Karl Latner, daß die Abrüstungskommission des Völkerverbundes in der ersten Sitzung vom 30. Dezember die Lautsprecher auch von einem neuerlichen Giftgasunglück. Nach den Todesnebeln von Genf, von Duarée und T'leur, von Hamburg und der Lüneburger Heide sind nun auch in der Nähe von Lüttich rätselhaft Gase ausgeströmt. Die Zahl der Todesopfer, die Tiere nicht eingerechnet, beträgt 64. In diesem 30. Dezember sind die Nachrichten durchgehends anregend. Die Kapitane der Passagierdampfer Canterbury und Emprek haben Minen gestrichelt, die aus dem Weltkrieg im Mittelmeer zurückgeblieben sind. Laut französischen Blättermeldungen liegen auf dem Schlachtfeld vor Douaumont noch immer tausende französische und deutsche Soldaten unbeerdigt knapp unter der Erdoberfläche. Nach einer römischen Nachricht hat der Kaiserjäger J. G. aus Mal-

borghetto, der 1917 in Gefangenschaft geriet, nach dreizehnjähriger Verschollenheit aus Sibirien an seine Familie einen Brief gerichtet, dessen Aufschrift: Malborghetto, Oesterreich, beweist, daß der Absender von den seitherigen Umwälzungen nichts erfahren hat. Und auf der Nordseehallig Langenich ist eine Flaschenpost angetrieben, die die hingeworfenen Feilen enthält, der Dampfer Lusitania werde in zehn Minuten sinken. Zwar hört Karl Latner, daß der Präsident Majorst zu einem Mitarbeiter der Belgischer Poststa geäußert hat, seit der Neuorientierung Rußlands sei die panslawistische Idee erledigt, aber die Lautsprecher erzählen von dem neuen amerikanischen Riesentankerschiff und dem neuen französischen Tankstahlfahrer II. Das Luftschiff führt 16 Schnellfeuergeschütze, 40 Maschinengewehre und 7 Aeroplane mit und der Tank ist vier Meter hoch, zehn Meter lang und drei Meter breit. Er ist 68 Tonnen schwer, bringt es auf eine Stunden-geschwindigkeit von zwölf Kilometer, führt ein Geschütz, vier Maschinengewehre und elf Mann Besatzung mit und ist in der Lage, Bäume von 8 Zentimeter Umfang umzubringen. Hier wird auch an die Tankstatistik erinnert, die es, seit dem feierlichen Verfaller Gelöbnis der allgemeinen Abrüstung, auf folgendem Stand gebracht hat: Tschechoslowakei 220 Bogen, Südlawen 300, Polen 400, Italien 450, England 850, Frankreich 4400. Am 31. Dezember wird Karl Latner zweimal verprügelt. Von jungen Leuten, die gegen einen kommunistischen Film demonstrieren, und von der Polizei, die einen kommunistischen Aufmarsch zerstreut. Schließlich steht Karl Latner erbit und abgerissen in einer Schaufensterpassage, deren Lautsprecher eben zu seinem Silvesterprogramm anhebt. Mit dem Lied: Lieber Franz, lieber Franz, deine Birne stimmt nicht ganz. Aber Karl Latner, der beide Male als Unbeteiligter in den Trubel geraten war, muß nun denken: daß er an seiner Welt vorüberlebt hat.

(Schluß folgt.)

Partei von einem halben Hundert Mandaten werden, sie kann unter Umständen die größte Partei des Parlaments sein. Diese Partei wird für die tschechische Bourgeoisie einmal tatsächlich ein Verhandlungs- und Regierungspartner sein, wenn die Arbeiterschaft sich dieser Gefahr nicht rechtzeitig erwehrt. Der Sammlung der bürgerlichen Kräfte die Sammlung der proletarischen Kräfte entgegenzusetzen, das ist das Gebot der Stunde für jeden, der aus der Rede Moschke die rechte Lehre zu ziehen weiß. Es wäre Zeit, daß die kommunistischen Arbeiter das endlich begreifen!

Eine Antwort Stampfers

auf eine angebliche Erklärung Löbes.
Genosse Stampfer erludt uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

Nach einer halbamtlichen Mitteilung aus Berlin soll mein Freund Löbe dem preussischen Innenminister Goering erklärt haben, er mißbillige meinen Artikel über die Reichstagsfraktion vom 17. Mai. Die Entschlieung der sozialdemokratischen Fraktion sei „ohne Zwang“ aus sachlichen Erwägungen erfolgt.

Da Berliner „halbamtliche Mitteilungen“ zur Zeit jeder Glaubwürdigkeit entbehren, kann ich nicht wissen, welcher Tatbestand dieser Mitteilung zugrunde liegt. Wahrscheinlich ist Löbe zu Goering zitiert worden und hat dieser versucht, ihm eine der Wahrheit ungesicherte schlagende Erklärung abzupressen. Ein solcher Vorgang würde ganz dem Verfahren entsprechen, das seit dem Anbruch des Dritten Reiches geübt wird.

Worin für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die angebliche Freiheit von Zwang besteht, weiß alle Welt. Ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder sind gefangen oder flüchtig. Im Lande gehen die Abschlächtungen wehrloser Funktionäre der Arbeiterschaft die Gefangenennahmen von Frauen als Geiseln für die unauffindbaren Männer weiter. Die Mehrheit des Volkes von den Deutschen und dem Stahlhelm angefangen, bis zur Linken hinüber leidet unter dem furchtbaren Druck. Deutschland ist geknechtet, wie seit Jahrhunderten kein Land geknechtet gewesen ist.

Auch ein Mann wie Paul Löbe kann, solange er in Deutschland Adolf Hitlers lebt, nicht die Wahrheit sagen. Um so mehr betrachte ich es als meine Pflicht, sie auszusprechen.

Am 17. Mai war ursprünglich nur eine kleine Gruppe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus sachlichen Gründen bereit, sich notfalls auf die stumme Zustimmung zu Hitlers außenpolitischen Rede zu beschränken. Sie glaubte, durch diese stumme Geste zum Ausdruck bringen zu können, daß Hitlers Außenpolitik nichts anderes sei, als eine Fortsetzung der Außenpolitik Gustav Stresemanns. Die große Mehrheit schien entschlossen, der Sitzung fernzubleiben, wenn der Fraktion die Abgabe einer eigenen Erklärung verboten würde. Erst nachdem die Regierung erklärt hatte, ihr sei das Leben der Nation wichtiger als das Leben einzelner Menschen, wich die Mehrheit dem auf sie ausgeübten erpresserischen Druck.

Das sind die Tatsachen. Weder durch halbamtliche Mitteilungen noch durch erpresste Erklärungen können sie aus der Welt geschafft werden.
Friedrich Stampfer.

Zustände im Heines-Paradies

Ganz besonders solle Zustände herrschen offenbar in Breslau, wo der Fememörder Heines als Polizeipräsident „amtiert“. Augenzeugen berichten von Mißhandlungen durch SA auf offener Straße. Bei Hausdurchsuchungen in Arbeiterquartieren hat man die Betten zerföhren, Geschirer zerföhren und den Leuten ihre Kleinen, spärlichen Ersparnisse geraubt. Radioapparate, insbesondere solche, mit denen man das Ausland hören kann, wurden beschlagnahmt.

In das „Braune Haus“ in der Neubors-Strasse werden täglich etwa 60 Arbeiter eingeliefert, die man dort schwer mißhandelt. So wird berichtet, daß die Sekretärin der „Roten Hilfe“, Selma David, nackt ausgezogen, mit Wasser übergossen und ausgepeitscht wurde. Das ist auch nachweislich mit anderen Arbeitern geschehen.

Noch zu wenig „gereinigt“.

Paris, 3. Juni. „L'Œuvre“ verzeichnet das Gerücht, daß unter dem Vorwand der „nationalen Reinigung der Kunst“ französische Kunstwerke aus den deutschen staatlichen Museen und Silbergalerien entfernt werden sollen, und zwar nicht nur zeitgenössische Werke, sondern auch Kunstwerke der vergangenen Jahrhunderte. Auch die privaten Sammler werden, wie es heißt, aufgefordert werden, ihre wertvollen Sammlungen aufzulassen. Die Bilder sollen bei öffentlichen Versteigerungen im Auslande, wahrscheinlich in London, verkauft werden.

Der verbotene Streik.

(D. S.) Hitler hat einen Kommissar für die Arbeitgeberfront (Dr. Wagner) und einen Kommissar für die Arbeiterfront (Dr. Leh) eingesetzt, die beide sich sehr friedlich zusammengesetzt und diktieren haben, daß in den nächsten acht Wochen in Deutschland nicht ausgesperrt oder ge-

streikt werden darf. Die Maßnahme ist zunächst für acht Wochen bestimmt, der Wunsch der faschistischen Führer aber ist, aus diesem „Waffenstillstand in der Wirtschaft“ einen Dauerzustand zu machen. Den Arbeitgebern tut diese Maßnahme nicht weh, denn sie haben auf Grund der von ihnen auferlegten Tarife die Möglichkeit, die Löhne und Arbeitsbedingungen von hinten herum zu verschlechtern. Das ist in unzähligen Fällen schon geschehen. Die Leistungslöhne werden vermindert, die Arbeitskräfte werden herabgesetzt und das Einkommen der Arbeiter wird trotz den steigenden Lebensmittelpreisen von Woche zu Woche niedriger.

Diese Entwicklung hat bei den Arbeitern in den Betrieben eine starke Unzufriedenheit aus-

Das Nazi-Denunziantenpack:

Niemand ist vor ihnen sicher!

Sudetendeutsche Lehrer, Richter, Arbeiter und Studenten von sudetendeutschen Nationalsozialisten denunziert. — Folge persönliche Angeberei gegen politische Gegner.

I.

Den sudetendeutschen Hitlerleuten geht es schlecht. Die Greuelthaten ihrer Vorbilder jenseits der Grenze haben die Doffentlichkeit aufgerüttelt; man beginnt ihnen auf die Finger zu zeigen. Die systematische Verhöhnung junger Menschen, die ständigen Provokationen politischer Gegner, vor allem der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates, die sie früher recht ungeföhrt im Schatten ihrer politischen Aussichts- und Einflußlosigkeit befohlen konnten, werden nicht mehr schweigend übergegangen. Unter dem Zugriff der Behörden beginnt die Illusion von der „unwiderstehlichen Freiheitsbewegung des Sudetendeutschentums“, die die Verführer ihrer Gefolgschaft seit Jahren vorgegaukelt hatten, zu wanken, die Nichtigkeit der Propaganda, die Verlogenheit des Programms werden offenbar. Krampfhaft suchen sie einen Sündenbock, dem die Schuld am völligen Versagen der eigenen Politik aufgelastet werden könnte, und sie glauben, ihn in der — Sozialdemokratie gefunden zu haben. Weil wir dem frechen, öffentlich vorgebrachten Wunsch der Nationalsozialisten entsprochen haben und die Beweise für die enge Zusammenarbeit zwischen sudetendeutschen und reichsdeutschen Faschisten erbracht, werden wir als Denunzianten beschimpft und für die braune Pleite verantwortlich gemacht. „Es ist zu bedauern“, meinte im Tonsall der gekränkten Unschuld, die Sudetendeutsche Nationalsozialistische Korrespondenz, „daß der Parteikampf im Sudetendeutschentum solche Formen angenommen hat, daß er auch vor denunziatorischen Mitteln nicht zurückschreckt“ und die Profuristen der DNVP, in der bürgerlichen Presse sekundieren eifrig und ziehen alle Register fittlicher Entrüstung. Dieselben bürgerlichen Zeitungsschreiber, die seit Jahren unbekümmert zusehen, wie sozialdemokratische Organisationen von Nationalsozialisten denunziert werden, wie eine planmäßige Greuelpropaganda die sudetendeutsche Arbeiterschaft in Ruf bewaffneter Mörderbänden bringen soll, tun auf einmal befoht um die Noblesse im politischen Kampf des Sudetendeutschentums. Wir sind den Herren die Antwort nicht schuldig geblieben und mancher Redakteur der „DNV“ dürfte die Verlegung der Polemik auf dieses Gebiet schon herzlich bedauert haben. Aber wir sind mit der Abrechnung noch nicht zu Ende. Denn während wir bisher die ständige Denunziation und Verleumdung sozialdemokratischer Organisationen und Gruppen nachwiesen, wollen wir jetzt zeigen, daß die Nationalsozialisten auch nicht vor gemeinsamer persönlicher Angeberei und individueller Denunziation zurückschrecken, wenn es darum geht, Menschen („Volksgenossen“) unglücklich zu machen, die sich nichts anderes zu Schulde kommen ließen, als nicht Nationalsozialisten zu sein. Tatsächlich betreffen alle im Folgenden dargestellten Fälle ausschließlich Leute, die der Sozialdemokratie entweder überhaupt nicht oder nur in untergeordneter Funktion angehören. Die Tatsachen mögen sprechen und erweisen, wie nach dem Rezept der Herren Jung und Krebs die nationale Autonomie der sudetendeutschen Minderheit vorbereitet werden soll:

Netzjagd auf einen deutschen Lehrer.

Die denunziatorischen Methoden der Falkenkreuzler — und nebstbei auch der Deutschnationalen — sind nicht erst von gestern. Schon am 3. April 1930 wurde im Abgeordnetenhause eine Interpellation der deutschen Nationalsozialisten und der Deutschnationalen verteilt, in welcher der deutsche Lehrer Anton Riedl aus Joachimsthal in gemeinsamer Weise denunziert wurde. In der Interpellation wurde behauptet, Riedl, dem von seiner vorgesetzten Behörde ein Krankheitsurlaub bewilligt worden war, genieße diesen Urlaub zu Unrecht, weil er mitunter an Sitzungen von Vereinen teilnehme und Spori betreibe! Der Unterrichtsminister wurde befragt, ob er gegen diese Tatsachen Maßnahmen zu ergreifen bereit sei. Und diese Interpellation war von mehreren deutschnationalen, ungarischen Abgeordneten und den Herrn

Kasper, Ing. Jung, Krebs, Köhler Knirsch, Geyer, Schubert und Simm unterzeichnet. Zur restlosen Kennzeichnung der bodenlosen Gemeinheit, die da von sudetendeut-

gelöst, von der teilweise auch die Mitglieder der DNVP, erfaßt worden sind. Diese berechtigten Unzufriedenheit hat schon in Einzelfällen zu Abwehrtreits der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage geführt. Der Sinn des jetzt diktierten achtwöchigen „Waffenstillstandes“ ist, den Arbeitern diese Abwehrtreits zu unterbinden. Das Streifen ist in Deutschland verboten und die Unternehmer merken jetzt schon ganz deutlich, daß das von ihnen in den letzten Jahren zur Förderung der nationalsozialistischen Bewegung gezahlte Geld gut angelegt war. Dem deutschen Arbeiter wird durch dieses Vorgehen eben so rasch deutlich gemacht, wozu die schnelle, gewaltsame Faschisierung der freien Gewerkschaften nötig war.

sehen Parlamentariern an einem sudetendeutschen Lehrer begangen wurde, sei aber schließlich auch mitgeteilt, daß durch wiederholte amtärztliche Untersuchungen festgestellt wurde, daß Riedls Gesundheitszustand noch viel bedenklicher war, als dieser selbst vor der Einreichung seines Urlaubsgesuches gewußt hatte, ferner aber auch, daß Riedl deutscher Sozialdemokrat und früherer Bürgermeister von Joachimsthal ist. Um eine eventuelle Wiederwahl Riedls zum Bürgermeister zu verhindern, — und natürlich nicht aus Sorge um das deutsche Schulwesen! — haben ihn die deutschen Nationalsozialisten und die Deutschnationalen denunziert! Politischer Haß hatte sie zu diesem gewissenlosen Anstift auf die Existenz und die Gesundheit eines allseits geachteten, ehrenwerten Menschen verleitet.

Denunziation wegen politischer Gesinnung.

Ein weiteres Dokument nationalsozialistischer Lumperei sei insbesondere dem Deutschen Lehrerbund aus Herz, das er auf der rechten Seite trägt, geleht. Am 5. April 1933 richtete die DNVP, in Trautenau an den Trautenauer Bezirkshauptmann als Vorsitzenden des Bezirksschulsausschusses eine Eingabe, der wir — nachdem wir sie im vollen Wortlaut schon vor einigen Wochen veröffentlichten — folgende Details entnehmen:

„Wir dürfen als bekannt voraussetzen, daß am letzten Samstag im Trautenauer Augusten eine befohtlich bewilligte Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei stattfinden sollte, die weniger durch Gewalt, als vielmehr durch unerhörte Provokation marxistischer Elemente gegenüber den anwesenden Organen der Staatsgewalt (!) vereitelt wurde... Wir können uns aber nicht abfinden mit der Rolle, die einzelne Lehrpersonen in diesem Zusammenhang gespielt haben. An der Spitze dieser Lehrpersonen stand der Herr Fachlehrer und Stadtrat Dr. Alois Mählberger.“

Wie das beiliegende „Trautenauer Tagblatt“ vom 3. ds. schreibt, war Herr Fachlehrer Dr. Alois Mählberger kummer Augen- und Ohrenzeuge, wie Genossen seiner Partei...

Am letzten Samstagabend hat er... solchen „Feldentaten“ zugehört, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken... Sollte dennoch jemand zweifeln, daß Herr Fachlehrer Dr. Alois Mählberger dieses Treiben nicht nur tolerierte, sondern sogar billigte, so sei erwähnt, daß...

Zu den Lehrpersonen, deren Verhalten keineswegs den ungeteilten Beifall aller Eltern finden dürfte, gehört schließlich auch Fräulein Grete Wertheim, die uns von Binnkau her in unangenehmer Erinnerung ist. Auch Fräulein Grete Wertheim konnte es sich nicht nehmen lassen, zwar nicht im gleichen Schritt, aber immerhin in den Reihen der Marxisten über den Goetheplatz zu ziehen, mit erhobenem Arme und geballter Faust demonstrativ alle jene aufmunternd, die gekommen waren, eine Versammlung Andersgesinnter durch Gewalt und Terror zu föhren.

Herr Dr. Mählberger und Fräulein Wertheim haben mit der oben geschilderten Handlungsweise diese Grenzen überschritten und damit jenes gute Beispiel vermissen lassen, das, uneres Ermessens, ihren Schülern zu geben, Aufgabe der Lehrpersonen in jedem nicht sowjetrussischen Staate ist. Sie haben es damit zahlreichen pflichtbetruhten Eltern unmöglich gemacht, die Erziehung ihrer Kinder solchen Lehrpersonen ohne schwere innere Bedenken anzuvertrauen und wir stellen deshalb fest, daß zahlreiche Elternkreise und darüber hinaus breitere Kreise der Doffentlichkeit nicht marxistischer Gesinnung der Lehrtätigkeit des Herrn Dr. Mählberger und des Fräulein Wertheim nur mit dem allergrößten Misstrauen begreifen. Wir sehen und daher veranlaßt, dem üblichen Bezirksschulsausschuss von diesen Tatsachen Mitteilung zu machen und um ein zweckentsprechendes Einschreiten zu ersuchen.“

Also weil der Genosse Mählberger „stummer Augen- und Ohrenzeuge“ war, und weil die Genossin Wertheim die geballte Faust erhoben hatte, sieht sich die Trautenauer DNVP zu Denunziationen und Angebereien berechtigt.

Gruß unseren Freidenkern!

An den beiden Pfingstfeiertagen hält der Bund proletarischer Freidenker seine fällige Generalversammlung in Bodenbach ab.

Es gilt Rückschau zu halten über die Tätigkeit und die Erfolge der letzten Jahre und sich zu wappnen für neue, schwere Kämpfe. In einer furchtbar kurzen Zeit wie noch nie zuvor, gilt es alle Kräfte zu sammeln und siegreich gegen den Feind zu führen: gegen das kapitalistische System und seinen ideologischen Ueberbau. Die heutige Gesellschaftsordnung ist in ihren Grundfesten erschüttert, der historisch bedingte Kapitalismus ist am Ende seiner Mission angelangt. Das Wort von Karl Marx, daß der Kapitalismus seine Sklaven nicht mehr ernähren kann, ist trotz der riesig gesteigerten Produktionskraft, trotz des gigantischen Ueberflusses an Waren aller Art, in wahrhaft grauenhafter Art allzu wahr geworden. Die „beste aller Welten, die göttliche Weltordnung“, wie die bezahlten Lobredner das kapitalistische Zeitalter lügenhafter Weise nennen, hat ihren Kredit in den weitesten Kreisen aller Nationen stark eingebüßt. Etwas Anderes, etwas Besseres soll kommen. Viele Millionen Menschen sehnen sich nach einer gesicherten Existenz, nach der Möglichkeit, ohne ständige Furcht vor der wirtschaftlichen und damit seelischen Vernichtung frei und glücklich leben zu können.

Zahllose Menschen, die aufs tiefste von den Geschicknissen unserer Tage, dem Verlagen des kapitalistischen Systems ergriffen sind, sehen ihr Ziel förmlich in einem neuen Glauben: in der Raubergewalt eines Messias, einer — Führerstadt, wie sie z. B. in der ach so sehr überschätzten Person Adolf Hitlers verkörpert sein soll. Das ist durchaus keine so beiläufige, zufällige Erscheinung, wie es auf den ersten Moment aussieht. Wird doch hunderten Millionen Menschen von frühester Jugend an in Form der „alleinseelig“ machenden Religion der Glaube an alles überragende autoritäre Gewalten förmlich eingetaucht. Der Romkirche und dem Faschismus ist gemeinsam die straffste Durchdringung des „Führerprinzips“. Hier der in Religionsfragen allwissende Papst, dort der in allen politischen Dingen maßgebende „gottüberste“ faschistische Häuptling. Wie in der Romkirche der ganze gewaltige Organisationsapparat eingestellt ist auf das Prinzip der Autokratie, fern aller Demokratie, so auch in der faschistischen Bewegung. Die römisch-katholischen Gläubigen haben in der Verwaltung ihrer Kirche absolut nichts hineinzureden, haben nicht den mindesten Einfluß auf die Führung, denn eine Wahl der geistlichen Hierarchie gibt es ja nicht. Ebensovwenig haben die Mitläufer der faschistischen Bewegung etwas mit zu entscheiden, sie haben einfach zu gehorchen und zu glauben. In der Romkirche ist jedes Teufeln an den Glaubenssätzen, den „ewigen Wahrheiten“, mit strengster Strafe verboten — in den Reihen der faschistischen Nachläufer ist ganz ebenso jede Kritik an der „Heilswahrheit“ eines Hitlers aufs schärfste verpönt. Rom und das heutige Berlin haben mehr gemeinsam, als man schlechtthin denkt.

Und wie die Romkirche verkündet, daß sie, resp. der Papstgott berufen ist, über alle Völker zu herrschen und sie zu föhren, so verkündet auch der Faschismus, daß er von der Vorsehung dazu ausersehen ist, über alle „minderwertigen“ Völker unumschränkt zu herrschen und sie — gleichzuschalten.

Es ist kein Zufall, wenn sich Hitler immer wieder auf den lieben Gott als Kronzeugen und Helfershelfer beruft und wenn die Faschisten Deutschlands vielleicht noch mehr als jene Italiens, dem Volke wieder „christliche Zucht“ in Schule und Heim beibringen wollen. Und wenn sie daran gehen, sich eine eigene christliche Reichskirche zurecht zu zimmern, wenn in Deutschland heute die Geistlichkeit vielfach das doppelte Sakrament trägt, nicht nur das einfache Kreuz, so ist das durchaus — logisch. War doch die Kirche, abgesehen von ihren Anfängen, wo sie infolge ihrer sozialen Herkunft und Einstellung im Gegensatz zur herrschenden bestehenden Klasse geriet, nach erfolgter „Gleichschaltung“ stets ein sehr wirksames Herrschaftsinstrument der Bevorchoreiteten, der Fürsten, des Adels, des modernen Kapitals. Zudem sie ihren no von Gläubigen Demut und Bescheidenheit predigte und ihnen den Lohn für ihre irdischen Leiden im „besseren Jenseits“ in Aussicht stellte; indem sie ihnen beibrachte, daß nichts ohne Zutun Gott des Gerechten geschehe und sich deshalb jeder in sein vorgeschicktes Schicksal fügen müsse, brach sie den religiösen Proletariern das moralische Rückgrat und lähmte ihre Widerstandskraft. Um mit Marx zu sprechen, erniedrigte und demütigte sie die Menschen jahrhundertlang.

Es ist durchaus im Sinne von Karl Marx der davon sprach, daß alles niederzuerstern ist, was eben die Menschen demütigt und erniedrigt, wenn die proletarische Freidenkerbewegung im weiten Rahmen der sozialistischen Gesamtbewegung ihre Spezialaufgabe erfüllt: das geistige Bewußtsein der Proletarier dem wirklichen Sein anzupassen. Den verhängnisvollen autoritären Grundsatz zu zerstören, in der Demokratie das Volk über alles zu stellen und den Menschen zum höchsten Wesen zu gestalten — das sind wahrhaftig keine leicht zu lösenden Probleme. Der Weg hierzu geht über den Kampf um die politische Macht, um die Beherrschung des Staatsapparates, nicht zuletzt der



Stalin in seiner neuesten Rolle

Schule. Der Erfolg ist natürlich nur in inniger Gemeinschaft mit der politischen Bewegung gesichert. Bewußte planmäßige Organisation der sozialen Arbeit nennt sich der erfahrene Heiland der Welt spricht mit Recht Ditsgen, der sozialistische Philosoph. Die Religion, sagt Karl Marx ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt.

Die im „Bund proletarischer Freidenker“ organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich auf dem Verbandstag in Rumburg in ihrer großen Mehrheit zur Sozialdemokratie bekannt. Kommunistische Quertreiber haben zur „Förderung“ der proletarischen Einheitsfront eine separate Organisation aufzuziehen versucht, ohne aber dem „Bund“ sonderlich zu schaden.

Möge der „Bund proletarischer Freidenker“ im steten Kontakt mit der Partei durch Verdoppelung der Kraft seine hehre Mission erfolgreich weiterführen. Bei der Pfingsttagung unserer Freidenker wird zwar kein hl. Geist die Delegierten einfach „erleuchten“, wohl aber werden sie sich die Erkenntnis erwerben, daß heute mehr denn je alle Zweige der marxistischen Klassenkampforganisation eine einzige große Schicksalsgemeinschaft bilden — siehe Deutschland — und daß daher Einigkeit, Geschlossenheit, Tatkraft und Kampfesmut walten muß, soll das gemeinsame Ziel gegen eine ganze Welt geschworener, brutaler Feinde erstritten werden.

In diesem Sinne wünschen wir den Boudbacher Verhandlungen den besten Verlauf!

Glänzender Werbeerfolg der Sternberger „Volkswacht“.

Wie die „Volkswacht“, Sternberg, mitteilt, hat die Werberaktion für die Presse, die über Beschluß der Reichspartei durchgeführt wird, obwohl sie erst vor wenigen Tagen einsetzte, dem Parteiblatt

500 neue Abnehmer

gebracht. Wenn man in Betracht zieht, daß auch in Schlesien tausende Menschen von der Arbeitslosigkeit heimgeschickt wurden, daß weiter unsere Gegner alles tun, um die sozialdemokratische Partei und ihre Presse in Mißkredit bei der Arbeiterschaft zu bringen, dann weiß man diesen Erfolg erst richtig zu würdigen. Nur in zwanzig Druckschriften ging man bisher an die Werbearbeit und erbrachte trotzdem den Beweis, daß der Wille zur Tat und die Begeisterung für die Idee des Sozialismus selbst in der schwersten Zeit der sozialdemokratischen Bewegung gewaltige Dienste leisten kann.

Ein Bezirkshauptmann macht staatsfeindliche Politik — oder ein deutschnationales Organ lügt.

Das „Graslitzer Volksblatt“, dessen politische Einstellung aus der Haltung des gleichen Blattes zur Arbeitslosenkasse zur Genüge bekannt ist, brachte am 1. Juni d. J. ein Interview, das ein Berichterstatter beim Bezirkshauptmann von Graslitz gehabt haben will. Nach dieser Aussprache soll der leitende Beamte der Bezirksbehörde in Graslitz gesagt haben, daß die Parteien ein Hemmschuh, wenn nicht gar der Ruin der Verwirklichung sind. Auf diese merkwürdige Ansicht der Demokratie hat sich das Graslitzer Nazi-Blatt mit Wonne gestürzt, um darzutun, daß es endlich an der Zeit sei, auch hierzulande dem Parteiwesen ein Ende zu bereiten. Uns interessiert in diesem Zusammenhang nur die Frage, ob der Vorstand der Bezirksbehörde in Graslitz gegenüber einem Vertreter des faschistischen Blattes tatsächlich die wiedergegebene Äußerung getan hat. Er wird sich deshalb zu dieser Behauptung sehr bald äußern müssen wenn er dem Vorwurf, staatsfeindlich zu sein, entgehen will.

Neuer Anschlag der Deffentlichkeit im Falcistenprozeß.

Brünn, 3. Juni. Am Prozeß gegen Roblinek und Genossen wurde heute die Verlesung des Schriftmaterials fortgesetzt. Der

Vorsitzende gab bekannt, daß nach der gestrigen geheimen Verhandlung die Verlesung der weiteren Akten wieder öffentlich sein soll. Später wurde jedoch über Antrag des Staatsanwaltes neuerdings die Deffentlichkeit ausgeschlossen, als trotz den Protesten der Verteidiger Schriften des Prager und Mähr.-Ostrauer Gerichtes aus der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung gegen einige Faschisten auf Grund des § 2 des Schutzgesetzes zur Verlesung kamen. Die Verlesung dauerte den ganzen Vormittag; sie wird Dienstag noch fortgesetzt werden. Erst nach Beendigung der Aktenverlesung soll die Evidenznahme der militärischen Sachverständigen vorgenommen werden.

Jubiläumstagung des tschechischen Genossenschaftsverbandes

Prag, 3. Juni. Heute wurde auf der Slowakischen Insel der erste ordentliche Jubiläumskongress des Zentralverbandes der Tschechoslowakischen Genossenschaften in Prag eröffnet. Diese größte und älteste Zentrale des tschechoslowakischen Arbeitergenossenschaftswesens wurde vor fünfundsiebzig Jahren gegründet und vereint heute 868 Genossenschaften mit 459.733 Mitgliedern, von denen 369.846 auf die Konsumgenossenschaften entfallen. Von den Gesamteinnahmen aller Verbandsgenossenschaften, die 1.111.022.510 K betragen, entfielen auf die Konsumgenossenschaften 836.859.812 K, auf die Produktions- und

Arbeitsgenossenschaften über 200 Millionen Kronen, auf die Volkshäuser über 16 Millionen und auf die Wirtschaftsgenossenschaften über zwölf Millionen Kronen.

An der Eröffnungssitzung, die heute nachmittags stattfand, nahmen über fünfhundert Delegierte und gegen hundert Gäste teil. Der Internationale Genossenschaftsverband ist durch den gewesenen österreichischen Bundeskanzler Genossen Dr. Kerner vertreten. Ferner sind aus England Kiston und Gill als Vertreter der dortigen Großeinkaufsgesellschaft, aus Frankreich Camin, der Sekretär der Föderation der Konsumgenossenschaften und Buguier als Vertreter der französischen Großeinkaufsgesellschaft eingetroffen. Ferner waren zahlreiche Vertreter der österreichischen Genossenschaftsbewegung und verschiedener Korporationen anwesend.

Agrarkonferenz in Bukarest.

Bukarest, 3. Juni. (D.R.) Sonntag, den 4. Juni wird in Bukarest die Konferenz der Regierungsvertreter der mittel- und osteuropäischen Agrarstaaten beginnen. Die Konferenz hat die Aufgabe, einheitliche Richtlinien für die Politik des Agrarblocks der mittel- und osteuropäischen Staaten für die Zukunft aufzustellen und zur Weltwirtschaftskonferenz in London Stellung zu nehmen.

Das Ende des kommunistisch-nationalsozialistischen Streits bei den Vereinigten Färbereien in Braunau.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß den Vertragsgewerkschaften im Braunauer Textilgebiet von den Unternehmern Lohnabbauforderungen gestellt wurden. Nach zweimögiger ergebnislosen Verhandlungen entschieden sich die Belegschaften des Braunauer Betriebes der Vereinigten Färbereien und der Fa. Pollack unter dem Einfluß der Kommunisten und Nationalsozialisten zum Streik, der nun bei den Vereinigten Färbereien nach etwa zweiwöchentlicher Dauer mit dem Ergebnis abgebrochen wurde, daß die Arbeiterschaft durch Abstimmung in einer Versammlung den von der Firma geforderten Lohnabbau von 10 Prozent annahm und sich entschloß, unter dieser Bedingung die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Streik wurde durch die Hege der Kommunisten und Nationalsozialisten inszeniert, ohne daß von vornherein ein Zweifel über den Ausgang eines solchen Kampfes bestand. Die kommunistisch-nationalsozialistische Taktik war von Anfang an darauf eingerichtet, die Position der freien Gewerkschaften unter der Belegschaft dieser beiden Betriebe zu untergraben. Die Kommunisten und Nationalsozialisten erklärten, daß es nur auf die Entschlossenheit und den Willen zum Kampf ankomme, um den Streik erfolgreich zu beenden.

Dabei war es kein Geheimnis, daß sich die Direktion der Vereinigten Färbereien A.-G. schon seit längerer Zeit mit der ersten Absicht trägt, den Braunauer Betrieb dauernd stillzulegen,

doch wurde diese Tatsache von den vereinigten Kommunisten und Nationalsozialisten lediglich als eine leere Drohung aufgefaßt. Die Situation änderte sich jedoch sofort, als die Firma eine Kundmachung an die Arbeiterschaft hinausgab, in welcher die Stilllegung des Betriebes wie folgt angekündigt wurde:

„Das Exekutivkomitee der Vereinigten Färbereien A.-G. Reichenberg hat nach längerer Beratung den einstimmigen Beschluß gefaßt, Herrn Vizepräsident Dr. Robert Dyll-Dürer den Auftrag zur Abgabe nachstehender bindender und unwiderruflicher Erklärung an die Arbeiterschaft des Betriebes Braunau zu erteilen:

Der Arbeiterschaft sind auf Grund der Betriebsergebnisse der letzten zwölf Monate die großen Verluste, die der Betrieb erlitten hat, dokumentarisch nachzuweisen und gleichzeitig mitzutellen, daß die Entscheidung über die Fortführung oder dauernde Stilllegung des Betriebes Braunau in die Hand jedes einzelnen Arbeiters gelegt wird. Das Exekutivkomitee kann bei der außerordentlich ungünstigen geschäftlichen Situation der Tschechoslowakei die Verantwortung für die Fortführung dreier verkäuflicher Betriebe nicht mehr tragen und ist einstimmig entschlossen, die seit Monaten zur Diskussion stehende definitive und dauernde Abstellung des am meisten verfallenden Betriebes Braunau vorzunehmen, wenn die Arbeiterschaft die lediglich in ihrem Interesse erfolgte bisherige Aufrechterhaltung des Betriebes nicht würdigt und in voller Verkenntnis der Verhältnisse in die unbedingt notwendige Lohnreduktion aller Arbeiterkategorien im besprochenen Ausmaße nicht einwilligt.

Das Exekutivkomitee legt Wert darauf, gleichzeitig festzulegen, daß, falls eine Einigung im besprochenen Sinne mit der Arbeiterschaft nicht erfolgt, Herr Vizepräsident Dr. Robert Dyll beauftragt ist, alle Maßnahmen zur dauernden Stilllegung des Betriebes Braunau sofort zu verfügen, die dann nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die volle Verantwortung für diese durch die uneinsichtige Haltung der Arbeiterschaft hervorgerufene, dauernde Stilllegung des Betriebes wird jedem einzelnen Arbeiter, der sich dieser unbedingt notwendigen Regelung widersetzt, treffen und von ihm auch den Beamten und dem

einsichtigen Teil der Arbeiterschaft gegenüber im vollen Ausmaße zu tragen sein.“

Die Kommunisten bemühten sich nach dieser Kundmachung, die Arbeiterschaft dieses Betriebes zum Ausharren im Streik zu bewegen. Der größere Teil der Arbeiter erkannte aber,

daß die kommunistische Taktik die Arbeiter dieses Betriebes gerade in eine Katastrophe hineinführt und machten nicht mehr mit.

Die Stellung der kämpfenden Arbeiterschaft war aber dank dem Vorgehen der Kommunisten gegenüber der Firma bereits so geschwächt worden, daß die Firma nicht mehr über die Höhe des Lohnabbaues zu verhandeln brauchte, sondern die Arbeiterschaft einfach vor das Diktat stellte, entweder zu den außerordentlich harten Bedingungen, die, wie erwähnt, auch einen zehnprozentigen Lohnabbau beinhalten, die Arbeit wieder aufzunehmen, oder sich mit der dauernden Stilllegung des Betriebes abzufinden.

Heute erkennt der größte Teil der Arbeiter dieses Betriebes, daß es ein großer taktischer Fehler war, daß sie sich durch die kommunistischen und nationalsozialistischen Schlagworte in eine Situation treiben ließen, in der es der Firma ermöglicht wurde, Verhandlungen über die gestellten Forderungen rundweg abzulehnen, sondern einfach der Arbeiterschaft zu diktieren.

Zweifellos wäre es möglich gewesen, bei einer anderen Taktik die harten Bedingungen der Firma bedeutend zu ermäßigen und der Arbeiterschaft eine solche Niederlage ohne jedes Opfer zu ersparen.

Das, was aber nun durch die kommunistisch-nationalsozialistische Führung des Kampfes erzielt wurde, ist nicht nur eine Niederlage, sondern auch eine Demütigung der Arbeiter, die beinahe bedingungslos mit großen Opfern die Arbeit wieder aufzunehmen gezwungen wurden.

Die freien Gewerkschaften haben vor diesem Streik, der unter äußerst ungünstigen Voraussetzungen begann und geführt wurde, einbringlich und ernst gewarnt. Sie haben die Verantwortung für ihn und für seinen Ausgang von vornherein abgelehnt. Ihre Mahnungen blieben leider ohne Beachtung. Der Ausgang des Streikes bei den Vereinigten Färbereien in Braunau ist für die Arbeiterschaft dieses Betriebes eine harte und ernste Lehre. Sie muß daraus erkennen, welchen Gefahren die Arbeiterschaft ausgeliefert wird, wenn sie sich zu parteipolitischen Manövern mißbrauchen läßt.

Die Kommunisten werden sich natürlich auch diesmal bemühen, die Schuld an dem Ausgang dieses Streikes den anderen in die Schuhe zu schieben. Das wird ihnen aber deshalb nicht gelingen, weil die freien Gewerkschaften von vornherein vor diesem Streik gewarnt und die Streikführung selbst den Kommunisten und Nationalsozialisten überlassen mußten. Sie griffen erst dann in den Streik ein, als sie von der Belegschaft hierzu den Auftrag erhielten. In diesem Augenblick war die Stellung der Arbeiterschaft dank der Haltung der Kommunisten und Nationalsozialisten schon so geschwächt, daß fast nichts mehr zu retten war. Das Diktat, das die Firma der Arbeiterschaft auferlegen konnte, ist so hart, daß der Vertreter der Union der Textilarbeiter auch in der entscheidenden Versammlung der Belegschaft es der Arbeiterschaft nicht zur Annahme empfahl. Dessenungeachtet kam für die Wiederaufnahme der Arbeit eine Mehrheit zustande. Die Arbeiterschaft erkannte, daß eine Fortsetzung des Streikes für sie unausweichlich mit noch viel größeren Opfern verbunden wäre.

Für den unglücklichen Ausgang dieses Streikes tragen ausschließlich die Kommunisten und Nationalsozialisten, die auch hier in einer Front gegen die freien Gewerkschaften standen, die volle Verantwortung.

Außerordentliche Verfügungen.

Von Dr. Egon Schwelb.

Was vom politischen Standpunkt zu den Gesetzen zu sagen ist, welche die Regierung in den letzten Tagen dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat und deren Zahl noch durch einige andere, bereits angelegte Gesetzentwürfe ergänzt werden wird, ist an dieser Stelle bereits gesagt worden. Wir wollen nun in einer Reihe von Aufsätzen die einzelnen Regierungsvorlagen vom juristischen Standpunkt kurz beleuchten und uns heute mit dem Regierungsentwurf einer Novelle zum Gesetz über die außerordentlichen Verfügungen vom 11. April 1920, Slg. Nr. 300 beschäftigen.

Darüber, was es mit diesem Gesetzentwurf für eine Bewandnis hat, ist die Deffentlichkeit am wenigsten unterrichtet, man spricht von einem „Ermächtigungsgesetz“ u. dergl. In Wirklichkeit liegt aber folgender Tatbestand vor:

Wie alle modernen Verfassungen, so enthält auch die tschechoslowakische Verfassungsurkunde Bestimmungen über die Freiheit der Person und des Hauses, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit und das Briefgeheimnis. In Ergänzung der Verfassung wurde am 9. April 1920 noch ein besonderes, gleichfalls unter Verfassungsschutz stehendes Verfassungsgesetz über den Schutz der Freiheit der Person, des Hauses und des Briefgeheimnisses erlassen, in welchem diese Rechte näher festgelegt sind.

Die Verfassungsurkunde selbst sieht im § 113 vor, daß durch ein Gesetz bestimmt werden kann, welchen Beschränkungen die Pressefreiheit, das Versammlungs- und Vereinsrecht während eines Krieges oder dann unterliegen, wenn innerhalb des Staates Ereignisse eintreten, die in erhöhtem Maße die republikanische Staatsform, die Verfassung oder die öffentliche Ruhe und Ordnung bedrohen. Auch das erwähnte Verfassungsgesetz über den Schutz der Freiheit der Person, des Hauses, sowie des Briefgeheimnisses enthält in seinem § 13 eine analoge Vorschrift, wonach nur durch Gesetz bestimmt werden kann, welchen Einschränkungen die Bestimmungen zum Schutze der Freiheit der Person, des Hauses und des Briefgeheimnisses während eines Krieges oder dann unterliegen, wenn im Innern des Staates oder an seinen Grenzen Ereignisse eintreten, die in erhöhtem Maße die Integrität des Staates, seine republikanische Form, die Verfassung oder die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden. Die näheren Bestimmungen über diese Einschränkungen enthält nun das bereits erwähnte Gesetz vom 14. April 1920, Slg. Nr. 300, welches im übrigen an das analoge österreichische Gesetz vom 5. Mai 1869 über den sogenannten Ausnahmezustand anlehnt.

In diesem Gesetz wird nun gesagt, daß während eines Krieges oder wenn im Innern des Staates Ereignisse eintreten, die in erhöhtem Maße die Integrität des Staates, seine republikanische Form oder die öffentliche Ruhe und Ordnung bedrohen, auf Grund dieses Gesetzes außerordentliche Verfügungen erlassen werden können, welche zeitweilig die durch die Verfassung gewährleisteten Freiheiten einschränken, oder aufheben und daß im Zusammenhang damit auch andere Verfügungen getroffen werden können.

Wie man sieht, hat das Gesetz vom 14. April 1920 von der Ermächtigung, welche im § 13 des Verfassungsgesetzes über den Schutz der persönlichen Freiheit, des Hausrechtes und des Briefgeheimnisses enthalten ist, keinen Gebrauch gemacht, wonach außerordentliche Verfügungen auch dann erlassen werden können, wenn die bedrohlichen Ereignisse an den Grenzen des Staates eintreten. Der vorliegende Gesetzentwurf ergänzt nun das Gesetz vom 14. April 1920 in dieser Richtung, bedeutet also keineswegs eine Erweiterung der Ermächtigung der Regierung über den schon im Verfassungsgesetz vom 9. April 1920 gesteckten Rahmen.

Die weitere Aenderung, die die Regierung vorschlägt, ist die, daß die Worte: „republikanische Form“ durch „demokratisch-republikanische Form“ ersetzt werden, eine Aenderung, die in der Verfassung und im Verfassungsgesetz vom 9. April 1920 zweifellos gedeckt ist, da die bestehende, unter besonderem Schutz stehende Verfassung eben demokratisch ist. Leute, die Demokraten sind oder sich für solche ausgeben, haben jedenfalls kein Recht, und keine Veranlassung, diese Ergänzung, die ja in gewissem Sinn nur eine Interpretation bedeutet, zu beanstanden.

So wie nach dem Gesetz vom 14. April 1920, so wird es auch nach der vorgeschlagenen Novelle nur möglich sein, die durch das Gesetz zulässigen außerordentlichen Verfügungen längstens auf die Dauer von drei Monaten und nur so weit anzuordnen, als es zum Schutze der Integrität des Staates, seiner republikanisch-demokratischen Form, der Verfassung und zur Erhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unumgänglich notwendig ist. Zu den außerordentlichen Verfügungen bleibt nach wie vor ein vom Präsidenten der Republik genehmigter Beschluß der Regierung notwendig, der kundzumachen ist und vom Präsidenten der Republik, und wenigstens von zwei Dritteln der Regierungsräte unterschrieben sein muß. Nach wie vor ist die Regierung verpflichtet, die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen spätestens innerhalb von 14 Tagen der Nationalversammlung

lung, oder wenn diese nicht tagt, dem Ständigen Ausschuss vorzulegen. Falls auch nur ein Haus, resp. der Ständige Ausschuss die Zustimmung zu der erlassenen Verordnung verweigert, erlischt ihre Geltung, ebenso erlischt ihre Geltung, wenn die Nationalversammlung, resp. der Ständige Ausschuss, innerhalb eines Monats vom Tage der Kundmachung der Verordnung keinen Beschluss gefasst hat.

Auch was den Inhalt der außerordentlichen Verfügungen anlangt, bringt der Regierungsentwurf mit einer noch zu besprechenden Ausnahme keine wesentliche Aenderung oder Verschärfung des geltenden Rechtszustandes.

Dass nach der neuen Fassung des § 7 des Gesetzes die staatliche Sicherheitsbehörde auch ohne richterlichen Befehl nicht nur Briefe, sondern auch andere Sendungen öffnen kann, bedeutet überhaupt keine Aenderung des verfassungsrechtlichen Zustandes, da Sendungen, die keine Briefe sind, ohnehin nicht unter dem verfassungsrechtlichen Schutz des Briefgeheimnisses stehen.

§ 8 des alten Gesetzes bestimmt, daß Vereine einer besonderen behördlichen Aufsicht oder besonderen Bedingungen unterworfen werden können, ihre Tätigkeit kann nach dem alten Gesetz eingestellt und die Errichtung neuer Vereine und Zweigvereine von der Bewilligung der zuständigen Behörde abhängig gemacht werden. Das Gesetz vom 14. April 1920 hat Erwerbsvereine von dieser Ausnahmsbestimmung ausgenommen. Dies war jedoch keineswegs eine Begünstigung der Erwerbsvereine, sondern diese Ausnehmung war dadurch begründet, daß hinsichtlich der Erwerbsvereine der Grundgedanke der Vereinsfreiheit in unserem Rechte ohnehin nicht besteht und zur Bildung eines Erwerbsvereines z. B. einer Kartellgesellschaft, ohnehin eine Konzession (behördliche Bewilligung) notwendig ist.

Wenn nun § 8 der Regierungsvorlage auch Erwerbsvereine für den Fall des Ausnahmezustandes einer strengen Kontrolle unterstellt, so bringt er also im Wesen auch keine Aenderung des geltenden Rechtes. Allerdings werden den Erwerbsvereinen auch Handelsgesellschaften sowie Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gleichgestellt, wenn sie neben wirtschaftlichen Zielen auch politische verfolgen, oder wenn die Rechtsform dieser Gebilde der Vorwand zur heimlichen Verfolgung von politischen Zielen ist.

Wir wollen nicht verkennen, daß diese Bestimmung unter Umständen, im Falle eines Ausnahmezustandes, zu Schikanierungen der Konsumgenossenschaften die Hand bieten kann. Wenn die Behörden jedoch Konsumvereine schikanieren wollen, so bietet ihnen das geltende Recht auch ohne Ausnahmezustand in den §§ 37 und 38 des Genossenschaftsgesetzes eine hinreichende Grundlage.

Auf dem Gebiete des Pressewesens bringt die Vorlage keine ernstliche Verschärfung des geltenden Rechtes, denn daß die Frist zur Vorlage von Wochenblättern an die Zensurbehörde von zwei auf drei Stunden verlängert wird und bei Monatschriften auf 24 Stunden, kann kaum als ein wesentlicher Eingriff bezeichnet werden.

Gegen die Bestimmung des § 11 der Vorlage, wonach während des Ausnahmezustandes besondere Bestimmungen über die Erzeugung und über den Verkauf von Sprengstoffen erlassen werden können, wird wohl nicht viel einzuwenden sein. Allerdings kann die Regierung oder ein von ihr ermächtigtes Organ auch Vorschriften über die Aufenthaltserlaubnis, sowie die Verbreitung von Nachrichten erlassen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung bedrohen könnten.

Eine besondere Bestimmung gibt der Verwaltung das Recht, den Mitgliedern der autonomen Körperschaften das Verbleiben in ihrer Funktion aufzusagen. Sabotage der öffentlichen Verwaltung durch Funktionäre der autonomen Körperschaften soll nach der Vorlage während des Ausnahmezustandes verboten werden können, ein Verzicht auf eine autonome Funktion soll nur mit Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde zulässig sein. Auch dies ist keine wesentliche Verschärfung gegenüber dem, was nach den Gemeindeordnungen und der Gemeindevahlordnung auch heute schon ohne Ausnahmezustand gilt.

Die Vorlage enthält allerdings einen wesentlichen Schwachheitsfehler, der wohl auf ein Redaktionsversehen zurückzuführen sein dürfte. Nach § 4 des Verfassungsgesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit, des Hausrechtes und Briefgeheimnisses, darf außer der durch das Gesetz festgesetzten Ort oder Gebiet ausgehien werden, oder dazu verhalten werden, sich aus einem bestimmten Ort oder Gebiet nicht zu entfernen. § 5 des Gesetzes über die Ausnahmezustandsgesetze vom 14. April 1920 bestimmt nun, daß im Falle des Ausnahmezustandes eine solche Ausweisung oder Konfinierung auch außer den im Gesetz vorgeschriebenen Fällen von der Sicherheitsbehörde getroffen werden kann. Wurde eine solche Verfügung getroffen, so ist nach dem Gesetz vom 14. April 1920 binnen acht Tagen gegen den Betroffenen das ordentliche Strafverfahren einzuleiten, andernfalls tritt diese Verfügung außer Kraft.

Die Regierungsvorlage enthält nun einen neuen Text, der folgendes besagt:

Wurde eine solche Verfügung wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung getroffen, so ist binnen acht Tagen gegen den Betroffenen das ordentliche Strafverfahren einzuleiten, andernfalls tritt diese Verfügung außer Kraft.

Aus diesem Wortlaut ergibt sich folgende, von den Verfassern kaum gemollte Konsequenz: Handelt es sich um eine Person, die einer strafbaren Handlung verdächtig ist, so kann sie konfiniert werden. Nach Ablauf von acht Tagen muß entweder das ordentliche Strafverfahren eingeleitet werden, oder die Verfügung über die Konfinierung tritt außer Kraft. So weit wäre also alles in Ordnung; bei einer solchen, einer strafbaren Handlung verdächtigen Person hat nun das Gericht zu entscheiden, ob eine Untersuchungshaft verhängt wird oder ob die volle Freiheit wieder hergestellt wird.

Das erste Unfallspital des Staates in Brünn feierlich eröffnet.

Brünn, 3. Juni. Die Arbeiterunfallversicherung für Mähren-Schlesien in Brünn hat heute Vormittag im Sitzungssaal des Instituts in feierlicher Weise ihr Jubiläums-Unfallkrankenhaus, das bereits in Betrieb ist, seinem Zweck übergeben. Für den Verwaltungsrat und das Präsidium der Arbeiterunfallversicherungsgesellschaft begrüßte die Gäste der Vorsitzende der Anstalt, Abg. Dr. Dolanský, der insbesondere den Minister für soziale Fürsorge, Dr. Cech, die Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge und Gesundheitswesen begrüßte. Er sprach sodann über die Beweggründe, die zur Errichtung des Krankenhauses geführt haben und übergab namens des Verwaltungsausschusses das Krankenhaus dessen Direktor, Primar Dr. Vladimír Novák.

Minister für soziale Fürsorge Genosse Dr. Cech

Er sagte in seiner Rede u. a., er sei glücklich, an dem heutigen Eröffnungsfest teilnehmen zu können. Die neuen Erzeugungs- und Arbeitsmethoden, vor allem aber die Konsumierung und das Tempo des Arbeitsprozesses stellen die soziale Verwaltung des Staates auch auf dem Gebiete der Unfälle vor außerordentliche Schwierigkeiten und vielfach ganz neue Aufgaben, von deren Lösung das Schicksal von Hunderttausenden arbeitender Personen abhängt, die auf dem Kampfplatz der Arbeit einen Verlust an ihrer Arbeitskraft erlitten haben. Ihnen nicht nur die Pflanzung sicherzustellen, sondern auch eine Rente, die leider vielfach ganz unzureichend ist, ihnen zum Wiedergewinn der Arbeitskraft zu verhelfen, und sie mit unverminderter Arbeitsmöglichkeit erneut in den Erzeugungsprozess einzuführen, ist eine der Aufgaben, die uns gerade in dieser Zeit obliegt.

Viel schlechter ist jedoch eine solche Person, deren bei welcher der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht vorliegt. Eine solche Person kann konfiniert werden, ohne daß die Konfinierung irgendwie zeitlich beschränkt wird. Der einer strafbaren Handlung Verdächtige ist also viel besser gestellt, als derjenige, der nicht wegen des Verdachtes der strafbaren Handlung, sondern etwa nur wegen seiner Gefinnung konfiniert worden ist.

Es ist zu hoffen, daß diese Unebenheit im Zuge der parlamentarischen Verhandlung aus der Vorlage verschwinden wird.

Solcherart ist der Sinn und Bedeutung dieser Anstalt, deren Aufgabe darin beruht, durch Konsumierung der Unfallfürsorge dem Opfer des Unfalles die bedrohte Arbeitskraft wiederzugeben. Möge sie ein Pionier auf dem neuen Wege sein, den unsere Unfallversicherung damit beschreitet, und auch ein Wegbereiter gleicher Einrichtungen in den übrigen Ländern unseres Staates.

Gerade so wie eine zielbewusste Sozialpolitik an dem Beginn ihrer Arbeit für die Arbeitslosen die soziale präventive Fürsorge und die Sicherung der Arbeitsgelegenheit sehen muß, da die Arbeitslosenunterstützung als subsidiäre Maßnahme anzusehen ist, soll sich auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung jegliche Fürsorge auf die Unfallverhütung und auf die vollkommene Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der durch einen Unfall betroffenen Personen konzentrieren.

Das Ministerium für soziale Fürsorge wäre glücklich, wenn eine baldige Forderung der Wirtschaftsergebnisse und, wenn auch nur ein teilweises Sinken der ungeheuer angewachsenen Arisengenda die legislative Vorbereitung der dringenden Unfallversicherungsreform ermöglichen und in Kürze verwirklichen helfen würde.

Die Rede des Ministers, die tschechisch und deutsch gehalten wurde, war von lebhaftem Beifall begleitet. Für das Wiener Unfallspital sprach der ehemalige Bundesminister Hofrat Dr. Reich und für den Brünnler Arzt Dr. Bartonicek. Die Gäste besichtigten hierauf das Krankenhaus, das mit einem Aufwand von acht Millionen Kronen errichtet worden und in allen seinen Teilen mit den modernsten hygienischen Errungenschaften ausgestattet ist.

Hitler läßt sich interviewen . . .

Ich weiß mit das Auge, ob ich denn richtig gelesen, ich muß mich am Ohr, ob ich auch richtig verstanden habe? Hitler hat die Wahrheit gesagt? Ja, ja! Hier lese ich's schwarz auf weiß, in allen Instanzen und auch in den Naziblättern: „Hitler hat dem Eigentümer der „New York Staatszeitung“ ein Interview gewährt!“

Wie ist das mit dem Wortchen „gewährt“? Ich weiß schon: Der Massenmörder Thotmas „gewährt“ dem Reporter der „Bömer Zeitung“ ein Interview und erklärt diesem, warum seiner Höllenmaschine hunderte Menschen zum Opfer fallen mußten! — Haarmann „gewährt“ dem Vater eines von ihm geschlachteten und zu Pechwurst bearbeiteten Opfers eine Unterredung! — Hitler, der sich selbst als den Freund rechtskräftig verurteilter Zuchthäuser bezeichnet, der Urheber von Raub, Diebstahl und Vernichtung fremden Eigentums, „gewährt“ diesem freien Amerikaner ein Interview! Hitler hat also mit Ridder gesprochen, ihm sogar sein Herz ausgeschüttet, und zum ersten Male so etwas wie die Wahrheit gesprochen:

„Soll ich tausend deutschblütiger Menschen vernichten lassen, damit alle Juden gehöhnt arbeiten, leben und praffen können?“

Mit diesen Worten hat er den Antisemitismus, den er als Zwangsbügel benutzt hat, um sich auf hohe Posten setzen zu können, gekennzeichnet als das, was der Antisemitismus von jeher war, ist und immer bleiben wird: der Sakausbruch des Reides! Was ihn begründen soll — Rasse? Völkerei? Religion? Quatsch! Der Reid auf den Erfolg einzelner Juden! Auf den geistigen des jüdischen Gelehrten, auf den moralischen und ethischen des jüdischen Literaten, auf den politischen des Juden Marx, auf den heillosen eines Juden Frank, der freiwillig in den Tod gegangen, auf den geschäftlichen des jüdischen Geschäftsmannes, der sich keine Namenliste freilich nicht aus dem Münchner Hofbräuwerk holt — nicht der Widerwille gegen die schlechten Eigenschaften, der Reid auf die Fleiß und Rührigkeit empfindenden Erfolge sind der Boden, aus dem dieser Haß emporsteigt!

Dasselbe Bild, dieselben Atergründe: Marxismus! Sind es die großen politischen Umwälzungen, die politischen Erscheinungen, die der Marxismus hervorbringt, die die maßlose Wut, den abgründigen Haß der Nazi hervorbringt haben? Quatsch! Der schmuckigste, heillosste Reid ist die Triebfeder, die die Bestie in diesen Menschen, die in ihrem Leben noch keine Zeile von Marx gelesen haben, antreibt, und sich jetzt im Dritten Reich am Blut ihrer Volksgenossen vollsaufen. Der Reid, daß auch der Arbeiter lesen, schreiben und rechnen kann; daß er nicht nur sieht, was die Herrschlast tut — daß er ihr Tun zu beurteilen gelernt hat; daß er eine eigene Meinung äußern, sie auch oft durchsetzen kann! Daß er eine Stimme hätte, die er auf die Waagschale legen dürfte, daß er Wohnhäuser baut und Vereinsgebäude; Erholungsräume und Bibliotheken benutzt; daß er Spiel und Sport zu treiben sich erdreistet, ganz wie die Herrschlast auch; daß er seinen „Platz an der Sonne“ beansprucht — wenn auch nicht an der Riviera, so doch wenigstens am

Wausee draußen; daß ein ehemaliger Schreinergehilfe, Bebel, sich auch literarisch betätigt hat, und ein simpler Zettlermeister nach dem ausgeklüffeltsten letzten Hohenjollern Präsidenten des Deutschen Reiches werden konnte, dieser ehemalige „Vorbestmirt“, wie ein Schandmaul, der gegenwärtige „Minister“ Goebbels, diesen vornehmen Mann aus dem Volke nennen durfte, ohne daß ihm aufs Maul geschlagen wurde — — — der Reid allein ist der Diktator, der heute Deutschland beherrscht!

Nach der einen Wahrheit erhebt schon die Unversöhnlichkeit ihr Haupt und magt es, den Reichstagsbrand zu erwähnen, und auf die „Beweise einer marxistischen Weltverschönerung“ hinzuweisen! Was mag die Diktatur nicht? Was muß sie nicht alles wagen, um ihr Kartenhaus zu stützen?

Ein Mann, dem es gelungen ist, in wenigen Wochen Deutschland politisch und moralisch vollständig zu isolieren, jegliche Freiheit des Denkens und Handelns zu ersticken, 30.000 „Marxisten“ in Ketten zu legen und 600.000 „Rassenfremde“ brot- und ehrios zu machen, vermag nicht, der wartenden Welt nach drei Monaten (!) zu sagen, wer das Reichstagsgebäude angezündet hat? Troy aller, keinem Willen gleichgestellten Ober- und Unterlandesgerichtsräten, Ober- und Unterstaatsanwälten, Ober- und Unterpoleizpräsidenten, Polizeiführern, Detektiv- und Jengen? Troy aller modernen, selbst im freien Amerika gebrauchten Methoden, Geständnisse aus dem Angeklagten „herauszuliqueln“? Hunderte Marxisten und Juden erliegen den Anspinnen, Spickruten und Rägelschüssen der SS-Männer, und bloß der einzige Lubbe ist quatschvergnügt und munter geblieben? Drei Monate lang?

Ich habe einmal diese ganze Lubbelache eine „Bosse“ genannt. Die inzidenter ein tüchtiger Regisseur in drei Proben. Regisseur Hitler freilich bedarf dreimonatlicher Proben, um die Premiere herauszubringen, denn er weiß, daß er ein sehr frisches, ein internationales Publikum erwarten darf! Die Darsteller: Richter, Ankläger, Staatsanwalt, Verteidiger, Zeugen — sie müssen alle ihre Rollen bis aufs i-Läppchen auswendig gelernt haben, jede Bewegung ihres Regisseurs so genau befolgen, daß ihnen bei der Vorstellung kein falsches oder überflüssiges Wort, keine unrichtige Betonung, keine andere, als die vorgeschriebene Stellung unterläuft. Nichts darf sie irritieren, auf jede störende Möglichkeit müssen sie gefaßt sein, und auf eventuelle Mißfallsäußerungen des Publikums dürfen sie weder durch Worte noch Mienen reagieren! Sämtliche Darsteller müssen gleichgeschaltet sein! Das Publikum verlangt eine „gläubwürdige“ Handlung, einen festlichen Szenenaufbau keinen fischigen Schluß mit dem Emblemgefang „Deutschland, Deutschland über alles“!

Dieses Deutschland mag über alles geben, nur nicht über die Wahrheit hinweg! Sollte es das wagen wollen dann wird das Publikum tohlen und peitschen Darsteller und Regisseur mit laulen Eiern schmeißen und Regisseur Hitler dann schauen, wie er den Dred los wird! Haas.

Tagesneuigkeiten

Bünglten.

Die Welt umloht ein Blüten in diesen Morgenfrühen, mit roten Segeln steigt der Tag, laßt uns in tiefem Schweigen aus untern Gassen steigen, soweit die Kraft uns tragen mag.

Seht ihr die Sipfel mahnen? Sie winken — unsre Fahnen sind sie im Flachland untrer Duol. Wir wandern aus Bedrängnis, fliehn unrer grau Gefängnis: die Stadt, Fabrik, das enge Tal.

Da drauß ist alles grüner, da drauß leimt alles sühner und was da freudig blüht, das glaubt. Wenn wir uns da ergehen, stüht uns ein frisches Seiden und Rihmut fällt, der uns bestaubt.

Wir sehen, alles Werden hat sein Geis auf Erden; auch wir sind alle vorbestimmt zu prangen wie dies Blüten, zu strahlen wie dies Blüten, damit das Wunder Form gewinnt.

Das Wunder steigt betriber, wenn wir es holen, Brüder; es wartet, wie die schöne Frau: Wir tragens über Brüden, die, tropend Rot und Tüden, uns unrer starker Wille baut.

J. Serfat

Sprechende Zahlen.

Dem jorden erschienenen Tätigkeitsbericht der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen, Reichenberg, entnehmen folgenden Ueberblick über die geleistete Fürsorgearbeit:

Von der Deutschen Landeskommission wurde im Jahre 1932 für 2762 Kinder direkte Fürsorge geleistet, u. zw. für: 430 Kinder in den eigenen Fürsorgeanstalten, 164 in Familienpflege, 9 in fremder Anstaltspflege, 155 durch laufende Erziehungsbeiträge, 66 durch einmalige Unterstützungen, 120 durch Krüppelfürsorge, 89 durch andere Förderung und 1729 durch Fahrtbegünstigungen auf den Eisenbahnen.

Dazu kommen: 65.246 Kinder in der Ernährungsfürsorge, 143 in der Erholungsfürsorge im Auslande, 141 in inländischen Erholungswochen (Vehrlinge), 3350 durch Bekleidungs-fürsorge, 48 Jugendliche durch Wanderbeihilfen und 984 Jugendliche in Heimstätten für Arbeitslose.

Die 101 Zweigvereine (Deutsche Bezirksjugendfürsorgen) betreuten in diesem Jahre 141.562 Kinder, u. zw.: 32.917 in 406 Mutterberatungsstellen, 891 in Heilanstalten, 3112 in Erholungsfürsorge, 14.731 in Bekleidungs-fürsorge, 7663 durch Schulzahnpflege, 25.147 durch die Berufs-(General-)Vormundschaft, 9626 durch eigene Familienfürsorge, 2139 durch fremde Familienfürsorge, 1150 durch Aufnahme in Waisenhäuser, 530 durch Aufnahme in Fürsorgeheimen, 254 durch Aufnahme in andere Erziehungsanstalten, 40.079 durch die Schutzaufsicht und 3223 durch die Berufsberatung.

Die Deutsche Landeskommission mit ihren 101 Zweigvereinen war demnach im Jahre 1932 imstande, 214.236 hilflosbedürftigen deutschen Kindern mit einem Gesamtgeldaufwande von K 16.094.007,24 in irgendeiner Art weiterzuhelfen.

Einfluss um die Welt.

New York, 3. Juni. Der amerikanische Flieger James J. Matern ist heute 5 Uhr 20 früh zu einem Weltumflug gestartet. Nach Aussage seiner Freunde beabsichtigt er nicht, in Neufundland zu landen, sondern will sofort nach Europa weiterfliegen und erst in Berlin oder womöglich sogar erst in Moskau nieder-gehen. Matern gehört zu den beiden amerikanischen Fliegern, die schon im Vorjahre einen Weltflug versuchten, infolge Absturzes aber von ihrem Unternehmen absehen mußten.

Ein tschechopolawischer Reford.

Der Aeroklub der Tschechopolawischen Republik testt mit: Im Rahmen eines Versuchsfuges der Ballonkompanie wurde am 1. Juni in Milowit von dem Ballonpiloten Major Jezisek und dem Kapitän Mikolajsek der Versuch unternommen, mit einem Freiballon den bisherigen nationalen Höhenrekord zu schlagen. Nach dem barographischen Vermert stiegen die genannten Offiziere bis zu einer Höhe von über 2600 Meter empor. Diese Leistung wird der Sportkommission des Aeroklubs der Tschechopolawischen Republik zur Anerkennung als nationalen Rekord vorgelegt werden.

Staatsangehörigkeit: Jude. Im Berliner Polizeipräsidium werden die Fragebogen für Rasse nicht mehr ausgefüllt mit: Staatsangehörigkeit — Preuke, Bayer usw., sondern isern es sich um Juden handelt, wird die Staatsangehörigkeit mit „Jude“ bezeichnet. In den Pässen wird dies dadurch kenntlich gemacht, daß man den Namen bei Juden zweimal unterzeichnet.

Oesterreich weist deutsche Flüchtlinge zurück? Eine Prager Korrespondenz meldet: 60 reichs-deutsche Flüchtlinge sind in voriger Woche von Linz aus nach dem Grenzübergang per Sammeltransport an die deutsche Reichsgrenze zurücktransportiert worden.

Einbruch im Turn-Teplitzher Unionshaus 15.000 Kronen aus der aufgebrochenen Kasse geraubt.

In der Nacht von Freitag, den 2. Juni auf Samstag erlitten Einbrecher im Hause der Union der Bergarbeiter in der Hauptstraße in Turn-Teplitz einen Besuch ab. In der Kassa-kanzlei wurde der Vorratsschrank und der darin untergebrachte Tresor erbrochen. Die äußere Blechwand wurde mittels Keiler an den Stellen, wo die Schlösser angebracht sind, aufgerissen. Der Vorratsschrank der Kassa, der den Einbrechern in die Hände fiel, beträgt 15.628,20 K. Die in dem Schrank verwahrten Akten lagen zerstreut auf dem Fußboden, nebstdem wurden noch um zirka 1000 K Frankomarken mitgenommen. Ausdem am Dachboden befindlichen Magazin wurde eine Rolle Hanfsegele entwendet, die zu einer Strickleiter zusammengedreht am Fensterkreuz in der Geschäftsstelle des Mietwärtlers hing, die ebenfalls erbrochen war; scheinbar sollte die Leiter zur Flucht benützt werden. Dagegen ist wahrscheinlich anzunehmen, daß die Einbrecher durch das neben der Geschäftsstelle gelegene Zimmer auf das Gefälle stiegen und über das Dach des Vorbaues entkommen sind.

Vermutlich haben sich die Diebe vor Abschluß der Gänge zu den Kassa-räumen am Abend auf den Dachboden geschlichen und von hier aus ihren Beutezug unternommen. Früh um 5 Uhr bemerkte die im Hinterhause wohnende Hausmeisterin die herabhängende Strickleiter, worauf sie sofort Nachschau hielt und die Polizei sowie die Gendarmen verständigte. Gegen 10 Uhr vormittag langte am Tatort auch die Fahndungsabteilung des Kreisgerichtes Leitmeritz ein, um die nötigen Erhebungen zu machen. — Der Schaden ist durch die Versicherung gedeckt.

Schönes Wetter.

Der Einfluß des Hochdruckgebietes, das sich von Skandinavien bis zu den Alpen erstreckt, verstärkt sich immer mehr. Auch im Karpatengebiet, wo Freitag unter dem Einflusse der südrussischen Depression eine vorübergehende Verschlechterung, jedoch ohne wesentliche Niederschläge eingetreten war, nimmt die Bewölkung wieder ab. Während sich im Westen des Staates die Temperaturen nunmehr annähernd in der Höhe des Normalwertes halten dürfen, ist für die mittleren und östlichen Teile des Staates infolge Zustusses kalterer Luft aus dem Norden eine leichte Temperaturerhöhung zu erwarten. Die Wetteraussichten sind jedoch im allgemeinen günstig. — **Wahrscheinliches Wetter heute Sonntag, den 4. Juni:** Im ganzen schön. Im Westen des Staates keine wesentliche Temperaturänderung, im Osten etwas kälter, besonders nachts, Wind aus nordöstlichen Richtungen.

Selbstmord eines Letzers des jugoslawischen Königs.

Wie aus Nizza gemeldet wird, hat dort der 38 Jahre alte Prinz Nikola Karadordevic, ein Rusin des gegenwärtigen jugoslawischen Königs Alexander, Selbstmord durch Morphiumvergiftung begangen. Sein Vater war ein Bruder des serbischen Königs Peter. Prinz Nikola war während des Krieges Fliegeroffizier in der russischen Armee. Seit dem Kriege lebte er in Frankreich. Die Blätter erinnern daran, daß Nikola im Jahre 1929 in Paris in einem Autotaxi einen plötzlichen Anfall hatte. Im Krankenhaus, in das er überführt wurde, hielt man ihn damals für tot und ließ ihn in das Sektionsinstitut bringen, wo er damals plötzlich wieder zum Leben kam.

Die Frauen im dritten Reich.

Die Nationalsozialisten im Frankfurter Stadtrat haben verlangt, daß die dem Zentrum angehörende Stadträtin dem Stadtparlament nicht mehr angehören dürfe, weil die Nationalsozialisten grundsätzliche Gegner der parlamentarischen Tätigkeit der Frauen seien. Die Stadträtin hat darauf den Stadtrat verlassen.

Er ließ sich nicht gleichschalten.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat sich ins Ausland begeben und dort erklärt, daß er erst dann nach Deutschland zurückkehren gewillt ist, wenn es wieder ein Rechtsstaat sein wird.

Schwarz-rot-gold nicht strafbar.

Vor dem Ausnahmegericht in Hamburg wurde ein interessanter Prozeß verhandelt, wobei es sich um die prinzipielle Frage handelte, ob die bisherige republikanische Flagge schwarz-rot-gold als „marxistische“ Flagge und deren Hissung daher als strafbar anzusehen ist. Diese These wurde wenigstens vom Staatsanwalt vertreten, der wegen Hissung der republikanischen Flagge gegen einen Hamburger Geschäftsmann Klage erhob und 15 Mark Strafe wegen dieser „Uebertretung“ beantragte. Der Angeklagte verteidigte sich mit dem Hinweis darauf, daß die Farben schwarz-rot-gold als das Symbol der deutschen Nation anzusehen sind, da diese Farben sowohl während der Revolution 1848 als auch seit 1919 Reichsfarben waren. Der Gerichtshof anerkannte, daß nur die rote Fahne als marxistische anzusehen sei, und sprach den Angeklagten frei.

Polen hinkt fleißig Spione.

An Unfall wurde im ständverordentlichen Verfahren der Bauer Piczulis wegen Spionage zugunsten Sowjetrußlands zum Tode durch den Strang verurteilt. Der in Warschau wegen Spionage zum Tode verurteilte ehemalige Industrielle Prochis aus Berlin und der ehemalige Rittmeister Sterczynski wurden, nachdem ihre Gnadenakademie-Präsidenten der Republik abgesetzt waren, in der Nacht auf Samstag auf dem Hofe des Moskower Gefängnisses in Warschau hingerichtet.

Entsetzliche Explosionstatastrophen.

Im Bergwerk. — In einer Raffinerie.

Tolosa, 3. Juni. In einem Bergwerk bei Sasebo ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, bei dem 46 Bergarbeiter getötet und 30 schwer verletzt wurden.

*

Long Beach (Kalifornien), 3. Juni. In einer Erdölraffinerie ereignete sich heute ein schweres Explosionsunglück. Bisher sind elf Todesopfer gezählt worden. 18 Personen wurden verletzt. Der Sachschaden wird auf zwei Millionen Dollar geschätzt. Der Brand konnte lokalisiert werden.

Die Landesversammlung der Reichsvereinigungen deutscher sozialdemokratischer Lehrer für Nord- und Nordwestböhmien findet Samstag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr im Aufferer Volkshaus, Dresdnerstraße, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Aufgaben der Lehrerschaft im Kampfe für die Demokratie. Berichterstatter: Reichsparteisekretär Genosse S. Taub. 2. Unsere Stellung zu den neutralen Lehrverbänden. Berichterstatter: Bürgerlichdirektor Genosse Rudolf Rudek, Auffig. 3. Berichte und Anträge. Sonntag, den 11. Juni, vormittags 9 Uhr in der Aufferer Stadtbücherei öffentl. Lehrerversammlung: „Schule, Lehrer und Demokratie“. Berichterstatter: Univ.-Prof. Dr. Bohumil Ondzovik, Vorsitzender der Schulreformkommission, Prag; Uebungslehrerin Wilhelmine Tischler, Auffig; Bürgerlichdirektor Wilhelm Fritsch, Tümnitz; Prof. Baum Fürstenau, Reichenberg; Bezirkschulinspektor Rudolf Diehl, Auffig. — Wohnungsanmeldungen sind an Direktor Rudolf Rudek, Schrefenstein, Bürgerschule, zu richten.

Keine Externsprüfung für Kindergärten mehr.

Das Unterrichtsministerium macht darauf aufmerksam, daß beginnend mit dem Schuljahr 1933/34 unter keinen Umständen mehr Ausnahmen aus dem Erlaß vom 2. Dezember 1932, Nr. 136.501/32 — II (Angelegenheit des Min. XIV, Seite 209) bewilligt werden. Mit diesem Erlaß wurden die externen Befähigungsprüfungen für Kindergärten aufgehoben. Kandidatinnen, die sich in privaten Kursen für diese Prüfungen vorbereiten, handeln auf eigene Verantwortung.

Wilhelms Enkel verzichtet auf die Thronfolge...

In der Schlosskirche in Bonn wurde Samstag Mittag die kirchliche Trauung des Prinzen Wilhelm von Hohenzollern mit dem (unehelichen!) Fräulein Dorothea von Salviaci vollzogen. Von der Generalverwaltung des vormaligen preussischen Königshauses wird dazu mitgeteilt, daß der Prinz bei Eintritt seiner Volljährigkeit für den Fall des Eingehens einer Ehe, die der Hausverfassung des königlichen Hauses widerspricht, auf alle aus seiner Geburt abzuleitenden Rechte verzichtet hat. Dieser Fall sei durch seine Vermählung nunmehr eingetreten.

1000 Jahre französische Normandie.

Gestern begannen in der Normandie an verschiedenen Stellen die Feiern des 1000. Jahrestages der Einverleibung der Normandie in den französischen Staat. Die Feiern werden den ganzen Sommer über andauern. Zu den Pfingstfeiertagen werden in großen Maßstäbe Turniere abgehalten und bedeutende historische Ereignisse in die Erinnerung zurückgerufen werden.

Das verhaßte Hakenkreuz.

Die Sabas aus Barcelona berichtet, sind sechs Personen an Bord eines im Hafen liegenden deutschen Dampfers gedrungen und haben die an Bord dieses Dampfers gehängte Hakenkreuzflagge entfernt und ins Meer geworfen. Die sechs Personen wurden von der Besatzung überwältigt und der Polizei übergeben.

Ungefährlich ist auch gefahren!

Im vergangenen Jahre waren anlässlich der Pfingstfeiertage etwa 50.000 Österreicher nach Deutschland gefahren. Feuer haben um das neueingeführte 5 Schilling-Biljet nach Deutschland in ganz Österreich nur 487 Personen angezündet.

Zu Sicherheit. Leib Semmel geht quatschbergwärts unter den Linden spazieren.

Trifft ihn ein Bekannter, „Wie, Leib? So vergnügt im Dritten Reich? Als Jude?“ — Leib Semmel, stolz und sicher: „Aber als polnischer, bitte!“

Kastrationen am laufenden Band.

Ein Sensationsprozeß in Graz. — Eine Sterilisations G. m. b. H. am Wert

Graz, am 4. Mai.

Am 6. Juni beginnt vor einem Grazer Schöffengericht ein Prozeß — dessen Bedeutung weit über die Grenzen der österreichischen Republik hinausgeht — der von problematischer Bedeutung ist: Mehr als zehn Menschen haben sich zu verantworten, weil sie an hunderten Männern aus allen Gebieten des Bundes Sterilisationsoperationen vorgenommen haben.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht ein Problem, um dessen Lösung sich der fortschrittliche Geist seit jeher bemüht, das Problem, wie man ungewollten Kinderlegen, der für die veredelten Klassen ja nur Fluch bedeutet, unterbinden, wie man in dieser von Krisen durchtobten Zeit

Die Fortpflanzung der Rassen planmäßig beeinflussen

könnte. In Österreich herrscht vom kirchlichen Klängel geschützt, noch immer vernunftwidriger Mutterschaftszwang, der jeden Eingriff unter Straffunktion stellt, die ausgehungerten Proletarierfrauen, die sich vom Elend einer ungewollten Schwangerschaft befreien wollen, werden mit drakonischen Strafen bedroht, alljährlich fallen unzählige Frauen dem 8. 14. zum Opfer, schwer lastet das mittelalterliche Gesetz auf den Proletariermassen. Es ist ein Klassengesetz ersten Ranges, denn den Frauen der begüterten Schichten steht immer der Weg ins Sanatorium offen, wo der gewünschte Eingriff diskret von Hochleuten vorgenommen wird, während die Arbeiterfrauen den unsauberen Praktiken von Pfuscherinnen und ungeprüfter Amateur-

Hebammen ausgeliefert bleiben und nachher sehr oft mit schweren gesundheitlichen Schäden in die Krankenhäuser eingeliefert werden müssen, wo dann die hochnotpeinliche Untersuchung nach dem Schuldigen einsetzt, die schließlich dann dem Staatsanwalt überliefert werden.

In den letzten Jahren hat man, die künftigen und juristischen Gefahren der Fruchtabtreibung erkennend, den Weg einer

vorübergehenden Sterilisation des Mannes

einge schlagen. Die Leute, die sich nun in Graz vor Gericht verantworten müssen, haben dabei die Forschungen des Grazer Professors Schmerz benützt, der aus sozialen Motiven heraus zu dem Studium dieses Problems gelangte und schließlich mit glänzendem Erfolg durch Einkerbung oder Unterbindung des Samenleiters beim Manne eine vorübergehende Unfruchtbarkeit bewirkte. Eine von jeder sozialen Erkenntnis verblödeten, Meute von Reaktionsären erzwang gegen den mutigen Professor eine Anklage, die in erster Instanz zur Beurteilung des Arztes führte, doch stellte eine zweite Instanz das Verfahren gegen ihn ein, weil sich erwies, daß es in Österreich kein passendes Gesetz gibt, das diesen Eingriff verbietet und eine leichte oder schwere Körperbeschädigung auf Wunsch des Betreffenden ein juristischer Konsens ist.

Im fraglichen Prozeß liegt die Sache allerdings wesentlich anders. Wie die Pflückerin die Schwangere nicht aus Menschlichkeit und sozialem Verständnis „behandelt“, so war es den meisten Angeklagten

An unsere Kolporteurs und Abonnenten!

Anlässlich der Pfingstfeiertage wird lt. Vertrag im Buchdrucker-gewerbe am Pfingst-Montag nicht gearbeitet. / Es enthält daher unsere Dienstaussage und erscheint unser Blatt erst

am Mittwoch, den 7. Juni

zur gewohnten Stunde.

Die Verwaltung.

im gegenwärtigen Prozeß vor allem ums Verdienen zu tun. Auch haben die Beteiligten, die Methoden des Professors Schmerz mit sich führend, in zahlreichen Fällen

durch Durchschneiden der Samenleiter dauernde Sterilisation herbeigeführt,

es liegen also nicht nur in den Motiven, sondern auch in der Methode wesentliche Verschiedenheiten vor. Der Initiator des Sterilisationsbetriebes ist ein gewisser Rudolf Großmann aus Klosterneuburg gewesen, der als der Führer der „herrschtschaftslosen Sozialisten“ (Anarchisten der Richtung Kropotkin gilt) und unter dem Namen des französischen Renaissancephilosophen Pierre Ramus einige sozialistische Arbeiten veröffentlichte. Großmann, der in Wien auch eine Wochenschrift „Erkenntnis und Befreiung“ herausgab, ist eine Verbienernatur, die sofort bereit war, aus der Sterilisation Kapital zu schlagen. Er organisierte das Unternehmen und leitete eine geschickte Propagandabewegung ein, was schließlich dazu führte, daß

ein Heß von Werbern in den Landeshauptstädten

und auch im Auslande für das Sterilisationsverfahren Stimmung machte und dem eigenen fliegenden Ambulatorium Interessenten zuführte. Die „Operateure“ rekrutierten sich aus den Reihen junger Medizinstudenten (in Graz waren vor allem Bulgaren und Jugoslawen in dieser „Branche“ tätig), die

bis 100 Männer im Monat behandelten,

und aus jungen Ärzten. Das Geheimnis ihres gelblichen Erfolges liegt in der Tatsache, daß die Operation fast schmerzlos ist und nur wenige Minuten beansprucht. Wie die polizeilichen Erhebungen ergaben, wurden mehrere Operationsstellen errichtet, und

die Angestellten bedienen sich geheimnisvoller Prozeduren,

um einer Entdeckung durch die Polizei zu entgehen. Die Patienten wurden in einen Vorräum von einer maskierten Schwester begrüßt, die ihnen mit einem Tuch den Kopf verhüllte, so daß der Patient nie den Operateur von Angesicht kennen lernte. Erst wenn der Patient am Operationstisch festgeschnallt war, trat der „Arzt“ hinter einem Vorhang hervor und begann seine Arbeit. Den Leuten wurde erklärt, daß es sich um eine vorübergehende Sterilisation handle (was nicht den Tatsachen entsprach) und ihnen eingeschärft, ja keinen Arzt aufzusuchen, auch wenn sich Komplikationen einstellen sollten. Das ereignete sich nun wiederholt, und so mancher, der meinte, er werde sich auf einige Zeit von lästigem Kinderlegen befreien, mußte mit gefährlichen Eiterungen ins Spital, wo dann der Eingriff festgestellt wurde.

Viele Patienten gerieten in ernsthafte Lebensgefahr.

Die Polizei stellte fest, daß die Operationen formlich auf laufendem Band durchgeführt wurden und der Betrieb schon um 6 Uhr früh begann. In den Häusern, in denen sich die Präzedenz befanden, ahnte niemand etwas von den wirklichen Vorgängen, in einem Falle redete einer der „Arzte“ den Nachbarn ein, er gebe — Esperantounterricht. Operationsstätten gab es in Graz, Linz, in Br. Neustadt, in Wien, ja sogar bis nach Polen und Deutschland drangen die geschäftstüchtigen Werber.

Wie bedenkenlos die Leute vorgingen, beweist die Tatsache, daß sie meist junge Männer behandelten, und in den „Operationsfällen“ eine beispiellose Unreinlichkeit herrschte. Die Patienten wurden zur Nachbehandlung einfach irgendeinem mit dem Unternehmen in Verbindung stehenden Kurpfuscher empfohlen, der dann das Uebrige besorgte. Im September v. J. wurde den Mitgliedern der Sterilisation G. m. b. H. das Handwerk gelegt. Wie erhoben wurde, hat Großmann-Ramus den größten Teil der nicht unerheblichen Einnahmen erhalten, die Medizinstudenten waren mehr oder weniger seine Opfer, die mit Pauschalentgelt abgefertigt wurden.

Würde sich der Staat der sozialen Notwendigkeit bewußt sein, würde er erkennen, daß eine vernünftige Bevölkerungspolitik nur tut und nicht die quantitative Bevölkerungspolitik, sondern eine gesunde Zukunftsplanung planmäßig durchgeführt und von Verantwortungsgewissen getragen sein, dann würde es nie zu solchen Exzessen des Kurpfuscherturns kommen. Im Grazer Prozeß wird gegen seinen Verdienner, der aus der direkten Kastration junger Menschen Kapital schlug und einige irreführende Studenten verhandelt werden, das Urteil aber wird zugleich den Geist der reaktionären Unbildungsamkeit treffen, die einigen mittelalterlichen Dogmen zuliebe bereit ist, sogar die Gesundheit eines Volkes aufs Spiel zu setzen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Montag, 5. Juni:

Prag: 6.30 Choralst. 7.00 Konz. aus Karlsbad. 11.00 Promenadenkonzert aus Teplitz. 12.05 Konz. 15.30 Konz. aus Teplitz. 18.00 Deutsche Sendung: „1848“. Hörspiel. 19.00 Trampelied. 19.25 „Gallo“. Oper von Romualdo.

Brünn: 7.00 Konz. aus Karlsbad. 9.00 Sinf. und Variationskonz. 10.00 Konz. 15.30 Konz. 18.00 Deutsche Sendung: Schallplatten. 19.00 liebes Prag.

Wien: 22.35 Frankfurt: Motorradrennen. — **Frauen-, Jugend-, Kinderfunk:** 14.00 Deutschland: Fröhliche Kinderstunde 15.45 Frankfurt: Mähdader: Jugendstunde. — **Hörspiele:** 17.45 Leipzig: Die Schildbürger von Zed.

Bunte Stunden: 20.00 Leipzig, München, Langensberg: Lustige Welt aus der Teilermark. — **Konzerte:** 11.30 Volkshaus: auf allen deutschen Sendern. 19.05 Königsberg: Deutsche Orgelmeister der Bodogitz. 20.00 Breslau. Königs-walterhausen: Deutsches Volksliederspiel. 20.00 Warschau. Stockholm: Abendkonzerte. 20.30 Silberstern: Konzert mit Vera Schwarz.

Opern, Operetten: 20.50 London: „Othello“.

Dienstag, 6. Juni:

Prag: 6.00 Choralst. 10.10 Deutscher Schul-funk: Johannes Brahms 10.45 Schallplatten. 12.30 Konz. 13.30 Arbeiterklub. Schallplatten. 14.50 Konz. 18.15 Arbeiterklub. 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Klein: Das musikalische Wäldersprünz. 20.25 Galante Sonaten. 21.00 Orchesterkonzert. 22.15 Zeitgenössische Musik.

Brünn: 14.30 Konz. 17.10 Schallplatten. 18.15 Vortrag: Sozialismus und Recht. 18.25 Deutsche Sendung: Vorträge: Die Kleinrenten. Die Autarkiebestrebungen in Europa. 19.10 Gleich und ungleich. Lieber und Chanone. 20.25 Konz. — **Frauen-, Jugend- und Kinderfunk:** 15.00 Langensberg. 15.30 Königsberg und Wien. 15.40 Breslau: Kinderfunk. 16.00 Mähdader: Frauenstunde 16.00 München: Stunde der Hausfrau. — **Konzerte:** 20.00 Bräut. Kamisch. Sinfoniekonzert. 20.00 Arpenhofen: Franz. Opern. 20.30 Leipzig. Frankfurt: Siegfried Wagner-Stunde. 20.30 Polke Parliien: Ital. Musik. 20.45 Hamburg: Mozartfeier. — **Opern:** 20.00 Bernauer: „Arioso“. 20.05 München: „Blauel Tame“. 20.10 Warschau: „Chopin“.

Das Programm der Prager deutschen Sendung für die Pfingstfeiertage.

Sonntag, den 4. Juni, 18 Uhr: Ofenbach-Querschmitt aus „Die kleine Zauberflöte“. „Die schöne Helena“, „Hoffmanns Erzählungen“. „Die Verlobung bei der Laterne“. — Am Schluß: Deutsche Pressemeldungen. — Montag, den 5. Juni, 18 Uhr: Vorschau auf das Musikprogramm der tschechoslowakischen Sender. — 18.18 Uhr: „1848“, ein Hörspiel in 2 Szenen von Doktor Milos Karca — Deutsche Pressemeldungen.

Die Ausbreitung des Rundfunks.

Zum 31. März wurden in Großbritannien 5.498.692, in Dänemark 514.273, Holland 572.238, Ungarn 325.557, Deutschland 4.532.852, Norwegen 130.970, Österreich 477.479, Schweiz 251.048 Rundfunkhörer gezählt.

Prager Zeitung.

Interessantes zu entdecken der Privatangehörigen in Prag

vom 4. bis 5. Juni 1933.

Sonntags-Programm:

Samstag um 7 Uhr Treffpunkt der Teilnehmer vor dem Denis-Bahnhof in Prag II, Ankunft der Wiener Gäste, gemeinsamer Abmarsch; um 8.00 Uhr Aufbruch der Gruppen zur Besichtigung der Stadt in Begleitung der Ordner.

Nachmittags um 14 Uhr Beginn der Sportspiele am Sportplatz J. S. R. Jagator in Strahnice, nachmittags der elektr. Straßenbahn Nr. 16 und 22. Abends um 20 Uhr Festabend in der Produktionsbörse (Produkční burza) in Prag II, Hofmeisterstr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19.

Montags-Programm:

Samstag um 5 Uhr Verkehr; um 6 Uhr Abmarsch von den Abfertigungen (Ausfahrl) mit dem Dampfzug nach Jaroslav (vom Palast am Palast-Rai), Haltestelle der elektr. Straßenbahnen Nr. 16 und 22; um 9 Uhr Besichtigung der Sportspiele am Sportplatz des J. S. R. Jagator in Strahnice und in den Räumen des Speisewerks (Kafeterna) in Král. Vinohrady, Rindl 15.

Nachmittags um 15 Uhr Ankunft des Dampfers von Jaroslav am Palast-Rai; um 15.10 Uhr gemeinsamer Abmarsch in die Produktionsbörse (Produkční burza) in Prag II, Hofmeisterstr. 11; um 18 Uhr Abmarsch und Abfahrt der Gruppen.

Eine interessante Annäherung (Konjunktion) der Planeten Mars und Jupiter wird Sonntag, den 4. Juni d. J. eintreten. Die größte Annäherung erfolgt um 22 Uhr, wo der Mars vom Jupiter nur ein Viertel Grad entfernt sein wird. Auf der Aesons-Vollstrecke in Prag (Prha) wird die Erscheinung dem Publikum bei klarem Wetter bereits um 15 Uhr gezeigt werden.

Kunst und Wissen

Ein Gastspiel des „Theaters der Komiker, Berlin“ im Neuen Deutschen Theater begann, nachdem man sich auf den „Meinungsstreich“ jüdischen Tonfall des Conférenciers Kurt Robitzsch eingestellt hatte, ganz vergänglich, und eine Zeitlang nahm das Publikum sichtlich auch ohne inneren Widerspruch Bewundrung aus der Detail- und Exzentrikphäre in Kauf für die leicht satirischen politischen Anspielungen, die in ihrer Aktualität dankbar belacht wurden. Erstaunlich war auch noch die Bekanntheit mit der humorvollen Grotesklängein Lotte Gestar. Sodann aber mußte man in dem der wahren Kunst geweihten Raum den Akteuren Zerknirschung über sich ergehen lassen, die bei aller Laugigkeit-Geschicklichkeit die Hauptwirkung doch auf Kosten einiger aus dem Publikum auf die Bühne gezwungener Personen erzielte — eine immer wieder peinliche Angelegenheit, der man in diesem Theater hoffentlich nicht ein zweites Mal begegnen wird. Erude Hestenberg, der Star des Ensembles, erzielte später als Charakterdarsteller durch ganz große Ausdruckskraft im Vortrag den einzigen starken und verdienten Erfolg des Abends, startete aber leider in einer kleinen Komödie ohne Witz und Geist und mit einem Herrn Mattott als Partner, der mehr an den Sauerbrunn als an den erfindenden Charakter des Gleichhüter (Gestränk) erinnerte). Und nochher ging es leider immer tiefer abwärts auf der schiefen Ebene, um am Ende bei einer Schweißerei zu landen, die wahrhaftig nicht erträglich wurde, weil ihr Siegerfiedl Krno und die Hestenberg dienten; schon vorher gab es Augenblicke, die jene Gefahr vorauszuahndeln schienen, der vor wenigen Mo-

Mitteilungen aus dem Publikum.

Den Sommer genießen Sie am besten im Wäschebad.

Den Sommer genießt man nur dann, wenn man entsprechend und leicht angezogen ist. Wie schwer würde jede Arbeit, wenn wir dabei im schweren Kleide schwitzen würden. Was für einen Wert hätte der schönste Spaziergang, wenn man dabei stets nur daran denken müßte, daß unser Kleid ja keinen Schaden erleide?

Ich schaffe mir seit Jahren schon in jedem Frühjahr zwei neue Kleider aus Sophors edelfarbenen Wäschestoffen an und bin dann den ganzen Sommer über ausständig angezogen. In diesen Kleidern kann ich am Sonntag ausgehen und dann noch die ganze Woche zur Arbeit gehen. Dann wird das Kleid gewaschen und es sieht wieder wie neu aus, weil der Stoff fest ist und die Farben sich weder in der Wäsche noch an der Sonne auch nur im geringsten verändern. Schaffen Sie sich ein solches Kleid zur Probe an und Sie werden sich überzeugen, wie gut es sich bewährt. Sie müssen nur beim Einkauf des Stoffes die Marke Sophor im Stoffrand beachten. Dann haben Sie die Gewähr, gut gekauft zu haben, weil für diese Stoffe die erzeugende Fabrik jede Garantie übernimmt. G. H. S.

In Trauerfällen finden Sie sämtliche Trauerkleidung (Kleider, Mäntel, Kostüme, Blusen, Schöße) in der separaten Trauerabteilung der Firma Busch, Damen- und Kinder-Kleidung in groß & en detail, Prag, Prikopy 27 (Mitte des Grabens), Eingang innen im Hause, nur I. Stock. Einzigeartige Auswahl! Auch mittags geöffnet. 2032

Trotz Krise ins Bad
Die individ. Panchalkuren Pistryans sind für alle Anstände und jede Bösart. Spezialprospekte (Rheuma, Gicht, Ischias) durch die Badedirektion



PISTYAN

natem ein Gastspielabend des Grünbaum-Ensembles in der Kleinen Bühne unterlag; und das Theater des Herrn Robitzsch dankt es wohl nur einem Zufall und dem Respekt der Besucher vor der Bürde des Hauses, das diesmal keine so unliebsame wie verständliche Unterbrechung eintrat. Wir raten der Direktion dringendst ab, es jemals wieder durch ähnliche Produktionen auf die Möglichkeit solcher Zwischenfälle ankommen zu lassen! So weit wir es übersehen können, ging das Publikum sehr deprimiert aus dem Haus, dessen halbe Maitheispiele durch halbe Exzibitionen im Juni keinen besseren Glanz erhalten!

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Sonntag, 7 Uhr, neu einstudiert: „Lohengrin“ (C 2). — Montag, 8 Uhr: „Im weißen Rössl“ (A 1). — Dienstag, 8 Uhr: „Nathan, der Weise“ (A 1). — Mittwoch, 8 Uhr, vollständ. Vorstellung: „Raub der Sabinerinnen“ (A 1). — Donnerstag, 8 Uhr: „Der fliegende Holländer“, Dirigent: Fritz Busch (C 2). — Freitag, 8 Uhr: „Verlobung im Traum“ (D 1). — Samstag, 7 Uhr: „Lohengrin“ (A 2). — Sonntag, 8 Uhr: „Zigarras“

Weekend-Kleider Busch Prag **PRIKOPY 27** (Mitte des Grabens) Eingang nur innen im Hause im I. Stock

Hochzeit, Dirigent: Alexander Zemlinský (D 1).

Spielplan der Kleinen Bühne, Sonntag, 8 Uhr:
„Da stimmt was nicht“. — Montag, 8 Uhr, vollständ. Vorstellung: „Madame hat Ausgang“. — Dienstag, 8 Uhr, Bankbeamten I: „Da stimmt was nicht“. — Mittwoch, 8 Uhr, Bankbeamten II: „Hä Geraldine ein Engel?“. — Donnerstag, 8 Uhr: „Da stimmt was nicht“. — Freitag, 8 Uhr, vollständ. Vorstellung: „Der Mustergatte“. — Samstag, 8 Uhr: „Hä Geraldine ein Engel?“. — Sonntag, 8 Uhr, Erstaufführung: „Fabian, der Elefant“.

Sport • Spiel • Körperpflege

Wierzig Jahre Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Als im Jahre 1890 in Deutschland das Ausnahmegericht fiel, konnten sich die schon in den vierziger und fünfziger Jahren gegründeten und durch das erwählte Gesetz aufgelösten Turnvereine wieder der Bewegungsfreiheit erfreuen. Die Verschärfung des Klassenkampfes führte in vielen Bereichen der deutschen Turnerschaft zum Ausschluß von Turnern wegen ihrer sozialistischen Gesinnung. Den Ausgeschlossenen folgten viele Gesinnungsgenossen, die dann Arbeiterturnvereine gründeten. Ein Aufruf des deutschen Turners O. Gary (Berlin) forderte zu einer Versammlung am 26. Juni 1892 in Brandenburg auf. Die dort vertretenen Vereine erklärten sich mit der Gründung eines Märkischen Arbeiterturnerbundes einverstanden. Da sich immer mehr Vereine auch aus anderen Gebieten für eine Trennung von der deutschen Turnerschaft aussprachen, fand am 18. September 1892 eine zweite Versammlung statt. Das Tätigkeitsfeld wurde erweitert und zur Gründung des Deutschen Arbeiterturnerbundes geschritten. Der erste Bundestag fand zu Pfingsten 1893 in Gera statt. Anwesend waren neununddreißig Delegierte, die etwa viertausend Turner vertraten. Das war der Gründungstag des großen Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der am Anfang des Jahres 1933 mehr als eine halbe Million Mitglieder zählte.

Der Bundesvorstand wollte die vierzigjährige Wiederkehr dieses Tages in einer Festigung in Gera feiern. Durch die Gewaltherrschaft der Nazi sind alle Pläne, den Bundesbestand zu feiern, in Deutschland undurchführbar geworden. Es wird sicherlich die Zeit kommen, wo auch die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung mit der Partei in Deutschland so wie im Jahre 1890 allen Hindernissen zum Trotz aufstehen und wieder groß und mächtig werden wird.

Die österreichischen Kreise sind nun eigentlich die einzigen, die die vierzigjährige Wiederkehr des Bundestages feiern können. Wir Österreicher haben noch einen andern Grund, diesen Anlaß festlich zu begehen. Gleichzeitig mit der Gründung der Arbeiterturnbewegung in Deutschland entwickelte sich auch in Österreich das freie Turnen. Die ersten Regungen zeigten sich schon im Herbst 1891 in Wien. Beim Kremser Kreisfest der deutschen Turner kam es zwischen den freigestellten und den muerdischen Wiener Turnern zu politischen Auseinandersetzungen. Damit war das Feuer entfacht.

Im November 1891 stellte Emil Krenel, der heute noch als Dreißigjähriger alt ist in der

Gruppe Neubau des Wiener Arbeiterturnvereins als Lehrer tätig ist, in der Bildungssektion Mariahilf den Antrag zur Gründung einer Turnhalle, dem derholt ihre Übungsstätten. 1893 konnte endlich die Gründung des Allgemeinen Turnvereins eintreten.

Es entstanden dann der Erste Neulerchenfelder Turnverein (aus einem deutschnationalen Turnverein), der Allgemeine Turnverein Leopoldstadt und der Allgemeine Turnverein Floridsdorf. Auch außerhalb Wiens wurden Arbeiterturnvereine gebildet, in Mödling, Wiener-Neustadt, in Mähren und Böhmen. Alle diese Vereine schlossen sich als achter Kreis dem Deutschen Arbeiterturnerbund an. Der Sitz der Kreisleitung war zuerst in Wien, später jedoch, als sich in Böhmen immer mehr Arbeiterturnvereine bildeten, in Teplitz, Warnsdorf und Reichenberg. Als dann aber in Österreich immer mehr Vereine gegründet wurden, wurde am 1. Jänner 1910 in Prag die Gründung des selbständigen Arbeiterturnerbundes mit dem Sitz in Kuffig vollzogen. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 standen die deutschösterreichischen Arbeiterturnvereine wieder ohne Verband da. Zu Ostern 1920 schlossen sich alle Arbeiterturnvereine Österreichs zum geschützten Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zusammen. Seit Jänner 1923 bilden aus technischen Gründen die Vereine in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg den achtzehnten Kreis mit dem Sitz in Linz. Der siebzehnte Kreis umfaßt die andern Länder Österreichs.

Der größte Verein des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und als Turn- und Sportverein auch in der Internationale ist der Wiener Arbeiter-Turn- und Sportverein, der am 23. August 1919 gegründet wurde, dessen Name aber bis 1930

Wiener Arbeiterturnverein war. Er hat 419 Turn-, Spiel- und Sportabteilungen, die im vorigen Jahre an 28.758 Übungsabenden von 764.905 Teilnehmern auch entprochen wurde. Durch Intrigen der deutschnationalen Turner verloren die Arbeiterturner wieder die Funktionäre, Fortturner- und Platzleiterapparate; besteht aus 816 geprüften und 1180 andern Funktionären.

Trotz der gewaltigen Schwächung, die durch die deutschen Verhältnisse den Arbeiterturnern zugefügt

Kronendorfer Sauerbrunn
HEIL- UND TAFELWASSER ERSTEN RANGES

wurde, werden wir unermüdet weiterarbeiten, um die Kräfte zu übersehen, die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung auszubauen und zu noch größeren Erfolgen führen zu können, getreu dem Wahlspruch: Frisch an die Arbeit, frei in Gedanken, stark im Kampfe und treu der sozialistischen Bewegung! Hans Kraus (Wien).

Die Europa-Meisterschaft der Arbeiterfußballer.

Mit und ohne Deutschland.

Der Stand der Europameisterschaft der Arbeiterfußballer ist jetzt folgender: Österreich 6 Spiele, 9 Punkte; Deutschland 3, 4; Tschechoslowakei (Auss) 4, 3; Ungarn 2, 1; Polen 3 Spiele, 1 Punkt.

Wenn Deutschland an der Konkurrenz der mitteleuropäischen Gruppe nicht mehr teilnehmen kann, erfährt die Tabelle eine starke Veränderung. In diesem Falle müßten nach den Bestimmungen die Punkte Deutschlands gestrichen werden.

Die Tabelle hätte dann folgendes Aussehen: Österreich 5 Spiele, 7 Punkte; Tschechoslowakei (Auss) 3, 3; Polen 2, 1; Ungarn 2 Spiele, 1 Punkt.

Der Endkampf um die Kreismeisterschaft im Getreidelernen des 3. Kreis-Kreises gelangt am Samstag, den 10. Juni, um 8 Uhr abends im Volkshaus in Schwabau zur Durchführung. Als Endkämpfer treten sich die Bezirksmeister, und zwar die Vereinsmannschaften: Turn (2., Teplitz), Komotau I (3., Komotau), Oberleitensdorf (4., Oberleitensdorf) Siedla (6., Bodenbach) und Holomitz (7. Tur) gegenüber.

Mitteilungen der „Urania“.

„Nathan, der Weise.“ Neues Deutsches Theater, Dienstag, den 6. Juni. Ermäßigte Schülerkarten in den Anstalten und bei der Urania-Kasse

Führungen. Samstag, den 10. Juni, 4 Uhr: Ausstellung Otto Platter; 165 Uhr: Zoologisches Institut. — Sonntag, den 11. Juni, 1611 Uhr: Führung auf den Weißen Berg.

Wran-Urania-Kino.

„Der weiße Dämon.“ Hans Albers, Gerda Maurus, Trude von Rosa, Peter Lorre. Heute und morgen 4, 6 und 1/9 Uhr.

ZEICHNET ARBEITSANLEIHE!

Wir übernehmen sie zu begünstigten Bedingungen

bei Abschluss von Versicherungen,

bei Zahlung fälliger und Vorauszahlung künftiger Prämien,

bei Rückzahlung von Polizzendarlehen.

Lebensversicherungs-Gesellschaft PHÖNIX

in Wien,

Direktion für die Tschechoslovakische Republik in Prag II., Lützowova 7.

Direktion für Mähren-Schlesien in Brünn, Böhounská 10.

Filialdirektion für die Slowakei in Bratislava, Grösslingova 8.

Die Gesellschaft arbeitet in 20 Staaten und hat ihren Versicherten und

deren Hinterbliebenen in der Tschechoslovakischen Republik in der Zeit vom

1./1. 1919 bis 31./XII. 1932 mehr als 365 Millionen K_č ausgezahlt.

EIN MODENHEFT GRATIS UND FRANKO!

Um allen Frauen Anregungen zu bringen, wie sie Kleider aus unseren echtfärbigen Stoffen und der knitterfreien Kunstseide SOTILA anfertigen können, haben wir heuer wieder ein Modenheft



herausgebracht, das weit grösser und schöner ist als das vorjährige. Das Heft umfasst 16 Seiten der Grösse 23x15 cm und enthält 55 Buntbilder von Kleidern, Schürzen und Wäsche für Damen und Kinder. Schneiden Sie den beigefügten Kupon ab, füllen Sie ihn aus und senden Sie uns denselben entweder auf einer Korrespondenzkarte aufgeklebt oder in einem offenen Umschlag, mit einer Dreissighellermarke frankiert, unter der Adresse JOS. SOCHOR, Textilwerke in Königinhof a. E., Propaganda-Abteilung in PRAG I., Melantrichova Nr. 15.



HIER ABTRENNEN!
Herrn JOS. SOCHOR, Textilwerke, Propaganda-Abteilung, Prag I., Melantrichova 15.
Senden Sie mir vollkommen gratis und franko Ihr Modenheft.
Name: _____
Beruf: _____
Adresse: _____
S

Der Film

Die Wassertenfel von Hieslau.

Ja, so, die Jaktbootfahrer, die haben es im Film gut: sie lachen und lachen unanfällig, nicht in durchaus stillen Bahnen, so daß selbst ein Barbier nichts dagegen einzuwenden hat, wenn ihm sein Bräutchen mit einem dieser schmutzigen Augen sportlich fährt. Es ist nun schon einmal so im Film: das herrliche Panorama der Enns, ihre Wasserfälle, ihre Felsen und Wälder, die ragenden und drohenden Alpengipfel, die Romantik einer Flugreise und nicht zuletzt die sportliche Leistung der Kajaktfahrer würden jedem normalen Menschen voll auf genügen, einen vergnüglichen Kinobesuch zu verbringen, ein Stück der deutschen Alpenwelt zu bewundern und wehmütig darüber nachzudenken, wie gut es diejenigen haben, deren Vorfahreninhalt auf ein Jaktboot mit Gummitrillern lang. Nicht aber den Filmansichten: diese brauchen Kalkulationsgrundlagen und also wird ein Teil der Landschaft ins Atelier gebaut, kitschig und unübersehlich montiert, sozuzagen bis auf weiteres mit Operettenhimmel überzogen und durch hohe Gesänge erfüllt: „Wir ist so wohl, ich weiß nicht wie, das macht der Kohl und die Marie“ ist die Einleitung zur Würdigung jenes Teils der Burgen und Wälders, die äußerlich anziehend befunden, als Filminhalt durch Filmleiden zu wandern verurteilt sind. Wenn sich schon einmal eine der Filmgesellschaften zu einem

neuen Sujet, einem angenehmen und in der Vielfältigkeit der Landschaft filmischen Milieu herbeiläht, dann muß sie uns mit der nur ihr eigenen geschmacklos-brutalen Naivität zeigen, daß der Reiztopp ja eigentlich nur dazu da ist, um mit sexuell fristrieren Verankerten das Äquivalent für das Eintrittsgeld zu geben: als ob sich die Filmer schämen würden, daß ihr Kind als Teil einer Kunst das Jahrmarktstücken überwinden hat.

So ist auch dieser Film des Regisseurs Erich Kober ein Stückwerk: anfangs interessant durch eine Jaktbootfahrt über den Kanal, führt er uns dann in ein Sommerlager, auf Ausflüge zu Wasser, die nur zum Teil zauberhafte Bilder zeigen. Zwischen durch gibt es Eiferucht und eine Sensation mit einem Hund, der ein Kind aus den Strudeln der Enns rettet. Das ganze riecht dann beim Feuerwehrtst zu sehr nach steiermärkischer Heimweh. Gut spielen Hilde Gebühr, Clever und Edthofer, weniger die Dina Gralla. Die Sportleistungen der Kajaktfahrer sind erstaunlich. W. E.

Aktualitäten bei Burian.

Die Verlogenheit des Wfa-Journals ist außerordentlich: in Deutschland herrscht eitel Frieden und Sonnenschein, am Wannsee fahren Segelboote, in Potsdam gibt's Sportfeste; während dessen wird in England die Militärmusik exerziert, in Frankreich die Marine neu eingeweiht und die Luftflotte gestärkt: also Aufrüstung für den bedrängten Kaiser. Sont gefällt ein sehr gutes Groseslustspiel von Dada Fleischer, allerdings älteren Datums, da neue Zusätze infolge des Vierjahreskampfes gegen die Amerikaner nicht hereinkommen. Die Reportage Ing. C. Brichas über die Mittelsowalei ist gelungen: nur geht es den Leuten dort nicht so gut, daß sie sich nur in nationalen Tänzen und Gesängen bewegen. W. E.



Die größte illustrierte Wochenschrift
erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Aus der Partei

23. Prog. Gruppe I, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Sec Mitgliederversammlung, Fortsetzung der Diskussion über „Die Gegenwartsaufgaben der jungen Parteigeneration“. Um 7 Uhr Ausschlußführung.

HERREN:

- Strapaz- u. Promenadeanzüge neueste Dessins 125.-, 145.- bis 350.-
- Sportanzüge mit Golfhosen sehr fest 190.-, 200.- bis 650.-
- Modeanzüge Kammgarn schwarz mit weißen Streifen 200.-, 360.- bis 850.-
- Blaue Kammgarnanzüge 250.-, 290.- bis 750.-
- Blaue Meltonanzüge 190.-, 240.- bis 390.-
- Waschanzüge 95.-, 150.- bis 390.-
- Golfröcke u Janker, Wolle von 59.-
- Waschsakkos 35.-
- Lüstersakkos, breit besetzt 85.-
- Waschhosen 20.-
- Tennishosen 29.-
- Golf- u. Pumphosen, engl. Muster 45.-
- Windjacken, auch für Damen 49.-
- Hubertsmäntel 95.-
- Trenchcoats 190.-

Lumberjacks, Westen, Sportheimden, Leibchen, Badewäsche, Strümpfe, Gürtel, Hüte, Kappen sehr billig. Knabenanzüge Hubertsmäntel, Trenchcoats, Janker, Golfhosen, Kniehosen in großer Auswahl. Postversand gegen Nachnahme.

Stránský Hybernská. 2054

DONAU

Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Wien. Direktion für die Tschechoslowakische Republik, Prag II., Nördring 10. Feuer-, Chomage-, Maschinenbruch-, Glas-, Einbruch-, Diebstahl-, Hagel-, Transport- und Reisegepäck-Versicherungen, Unfall-, Haftpflicht-, Autocasco-, Lebens-, Renten- und Heimsparrversicherungen. Generalagenten schlesien in Prag, Reichenberg, Brünn und Bratislava.



Die moderne Medizin

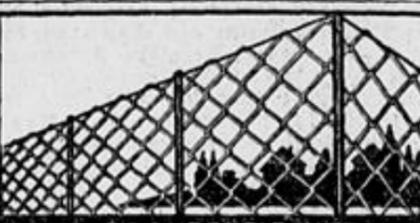
Entwickelte sich im Laufe der letzten 80 Jahre. In diese Zeitperiode fällt die Einführung moderner Heilmethoden zu welchen in erster Reihe



gehört, welches sich ganz besonders als hervorragendes Mittel gegen Gicht, Rheumatismus, Ischias und Nervenschmerzen bewährt. In allen Apotheken. Inländisches Erzeugnis.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Co., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN SIND DIE ALLERBESTEN!



DRAHTGEFLECHTE S. SEMLER-R. HIRSCH PILSEN - CVOKARSKA I

Deutscher Theaterverein in Prag

Die Mitglieder des Deutschen Theatervereines in Prag werden hiermit zur Teilnahme an der am Montag, den 19. Juni, um 5 Uhr 30 nachm. im „Deutschen Hause“ stattfindenden

50. ordentlichen General-Versammlung

- höflich einzuladen.
 - 1. Tätigkeitsbericht über das Jahr 1932.
 - 2. Bericht des Revisionsausschusses.
 - 3. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge für das Jahr 1933.
 - 4. Wahl des Vereins- und des Revisionsausschusses.
 - 5. Entscheidung über etwaige freie, schriftlich beim Vereinsauschuss eingebrachte Anträge.
- 2055 Der Vereinsauschuss.

Große Auswahl!
Waschjacken, prachttolle Muster, Waschanzüge, aus Bauern- Wolljanker, leinwand gestreift und kariert

offeriert das Spezialhaus für Jugendbekleidung

„HIRSCH“, Prag, Železná 14. 078

Urlaubstage in den schlesischen Kurorten.

Nicht der politische Kampf, auch nicht der Glaube an die autarke Wirtschaft, die nach Ansicht bestimmter Wirtschaftspolitiker die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit beseitigen soll, in Wirklichkeit aber das wirtschaftliche Chaos immer mehr verschlimmert, lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die einheimischen Bäder und Sommerfrischen, sondern rein praktische Erwägungen sind es, die uns bestimmen, Erholungsstätten in der Tschechoslowakei für den Urlaub zu empfehlen. Unsere Kurorte sind bequemer und billiger zu erreichen, als ähnliche Stätten des Auslandes, und der Aufenthalt im Inlande ist naturgemäß mit weit weniger Kosten verbunden wie der Besuch eines Kurortes jenseits der Grenze. Wenn man von den herrlichen Gebieten der Tatra und der Slowakei, den Bädern und Sommerfrischen Böhmens absieht oder sich nach unbekanntem Naturerleben sehnt, dann muß man wohl in erster Linie für den Urlaubsaufenthalt die Kurorte und das Gebirge des Landes Schlesien in Erinnerung bringen. Das sagenumwobene Altwatergebirge allein wird dem Naturfreund alles geben, was der Schönheitssinn der Menschen sucht. Aber nicht nur Schönheit ist in diesem Gebirgszuge zu finden, sondern, was weit wichtiger ist, gute reine Luft in landschaftlicher Stille führt zu den großen gesundheitslichen Erfolgen, die in den schlesischen Sommerfrischen seit langer Zeit zu verzeichnen sind. Dabei gibt es in Schlesien eine Reihe weltbekannter Heilstätten, wie Gräfenberg, das durch seine erfolgreichen Kaltwasserkuren berühmt geworden ist, Lindewiese mit seinen wohl nicht für alle angenehmen, aber zweifellos heilkräftigen Bluterneuerungskuren, Bad Illersdorf, Karlsbrunn u. a.

Alle diese Kurorte und Sommerfrischen sind heute auf Massenbesuch der Zeit entsprechend eingerichtet und bieten dem Besucher alles, was von einem modernen Kurort erwartet wird. Dabei sind die Preise, gemessen an gleichartigen Betrieben des Auslandes, oft bescheiden zu nennen, Wohnung und Verpflegung gewiß auch den größten Ansprüchen angepasst. Wer den lauten Trübel der großen Bäder und Kurorte haßt oder gesundheitlich nicht verträgt, wer nur Schönheit, Sonne, gute Luft und grüne Wälder sucht und wer mit seinem Gelde haushälterisch umgehen muß, dem sei für seinen Urlaub der schlesische Wald und Schlesiens Berge besonders empfohlen.

Freundschaftshöhe
schönster Ausflugsort von Mährisch-Schönberg. Vorzügliche Speisen und Getränke! Ausschank Haasdorfer Biere. Verein Arbeiterheim.

Sanatorium Ziffer Gräfenberg.
Ganzjährig geöffnet. 2045 Telephon 4.

Am besten und billigsten kann man speisen in der **WEINHALLE AUTAL Pišťany**
Gute vorzügliche Weine. 2035 Menü Kč 7.-

Wir empfehlen das **Hotel Dax, Bratislava**
Stefanikstraße 31, 4 Minuten vom Bahnhof Bürgerl. Haus Café-Restaurant Billigste Preise. 2034

ERHOLUNGSHHEIM Mähr.-Altstadt
Nordmähren Seehöhe 350 m unterhalb des Spiegler Schneeberges.
Das Erholungsheim ist mit allen Anforderungen moderner Hygiene ausgestattet. - Elektro-, Hydro-, Licht- und Inhalations-Therapie. - Diätetische - Verpflegungsküche Kč 20.- 12g. Bei Kassenmitgliedern gewährt die Zentral-Sozialversicherungs-Anstalt 33- und 50prozentige Beiträge.
Anmeldungen und Auskünfte erteilt die Bez.-Krankenversicherungsanstalt Mähr.-Schönberg. 2033

Hotel-Pension „Payer“
TATRANSKA-LOMNICA 1924
Angenehmer Erholungs-Aufenthalt. Sehr mäßige Preise

Waldsanatorium Dr. Schweinburg
Zuckmantel, Schlesien.
Erstklassige, physikalisch-diätetische Heilanstalt für innere, Nerven- und Stoffwechsel-Krankheiten. Mäßige Pauschalkuren.

Reichenberger Naturerholungsheim Königshöhe
im Isergebirge, Seehöhe 850 m. Post Johannesberg bei Gablonz a. N. von der Autobushaltestelle Friedrichswald (Breitlage) 30 Min. - Öffentliche Telefonsprechstelle (Nebenannt von Reichenberg). - 80 Betten, 100 Matratzenlager, D. J. H., Wannen- u. Brausebäder, Badeteich, Zentralheizung, Dunkelkammer, Sanitätsstation, elektr. Licht, Gute, preiswerte Verpflegung. - Billige Übernachtung. Idealer Wintersportplatz. - Herrliche Sommerfrische. 2036

Kennen Sie
des Böhmerwaldes rauschenden Hockwald, düsteren Bergseen, sagenumwobenen Burgen? - Besuchen Sie uns! Auskünfte: Deutscher Böhmerwaldbund, B.-Budweis, Lütznerstraße 9 (Fremdenverkehrsabteilung). 2033

Heilung und Erholung in **Karlsbad**

Dem Kranken - Heilung, dem Gesunden - Erholung und dem Anspruchsvollen - Zerstreuung bietet **KARLSBAD.**
Karlsbader natürl. Mineralwasser u. natürl. Sprudelsalz versendet Karlsbader Mineralwasserversendung Löbel Schottländer, Karlsbad.

Sanatorium Frankenstein
in Rumburg Pauschalkuren modernst eingerichtet. Bervengart Dr. K. Röschl, Chefarzt